

Nr. 139

W

**Infoladen**  
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig  
Telefon (0341) 3 02 65 04  
www.nadlr.org/infoladen\_leipzig

AUFENTHALT im Geläubenbereich  
VERBOTEN!



9222

**Baumann & Burmeister**  
Kopiergeräte T & A

bb

21. März 1991

auswärts  
2,50 DM

W



Frühlingserwachen?

Nun ist es Frühling. Der Baggerfahrer sollte uns dabei ein Vorbild sein. Für die FNL-Bevölkerung ist er es möglicherweise schon seit längerem. Bleibt nach wie vor offen, wer hier eigentlich wen verarscht: Die Bonzen das Volk oder das Volk die Bonzen? - Gehen wir der Sache doch mal auf den Grund.

Es war einmal ein gar tückisches Volk. Raffiniert ging es in seinem Täuschungsmonöver vor. Seit 1,5 Jahren stellt es sich als Opfer und Betrogene der SED-Tyrannie dar. Das Klagelied hatte Erfolg. Bananen, Ananas, Kokusnüsse flossen in Strömen. Aber das reichte immer noch nicht. Die Politiker wurden gezwungen, immer mehr zu versprechen, um den großen Jammer zu beenden. Freudig wählte das Volk die größten Versprechen und verzehrte gierig die Kredite. Nachdem diese nun aufgebraucht sind, fängt es jetzt wieder an, sich in großen Scharen zu versammeln und das Klagelied von neuem anzustimmen. Von solchen Hinterlistigkeiten können vielleicht auch wir noch lernen und sollten deshalb ihren nächsten Streich, indem es sich Gewerkschaft und PDS zu nutze machen will, von Nahem bestaunen.

# **Kommt zur Großdemonstration vor der Treuhandanstalt (Haus der Elektroindustrie, Alex, Berlin) am Sonnabend, 23. 3. 1991, 11 Uhr**

Aber sind wir auf der Hut, schon viele die meinten, sich an die Spitze dieses Volkes setzen zu können, endeten vor Gerichten oder in Sanatorien.

Dieses war der erste Streich und der zweite folgt zugleich:

Es war auch einmal das Protokoll eines Vorbereitungsplenums zum ersten Mai. Und alle fragten sich:

Wer lädt denn da, ganz intern und ohne Absicht, wen ein - und wen nicht. Sie fragten sich das nicht aus Neugierde, mehr aus Interesse ob es ihnen auch einmal möglich sein würde, solch einem erlauchten Kreise anzugehören. Oder sollten sie beim nächsten WG-Frühstück selber zu einem "nicht öffentlichen aber transparenten" Plenum aufrufen und alle Funktionäre (kaum Innen) Funktionäre sein lassen. In jeder bürgerlichen Partei werden die wenigsten ge- oder abgewählt.

Wenden wir uns wieder kleineren Dingen der Welt zu:

- Liebes Radio 100. Wir wissen um eure Probleme, aber ihr strapaziert unsere Solidarität, wenn ihr verlangt, daß wir ein völlig unverständliches und unleserliches Papier für euch abtippen. Wir würden gerne von den Bemühungen um den Erhalt von Radio 100 berichten, aber dafür müßtet ihr euch eine Schreibmaschine zulegen.

- Hin und wieder bekommen wir interessante fremdsprachige Texte. Da wir nicht über die notwendigen Kenntnisse verfügen, solltet ihr uns möglichst gleich Übersetzungen zuschicken.





Die Redaktion bei der Auswahl der Texte.

- Gefreut haben wir uns auch über die Nachrichtenmeldungen, die uns in den letzten Wochen manchmal erreicht haben und dann am Seitenkopf standen. Die Idee fanden wir Klasse. Aber wir sind derzeit überfordert, die Meldungen selbst zusammenzustellen. Vielleicht findet sich ja eine Gruppe.

- Zum Text der Schweizerinnen liegen uns noch einige Anmerkungen auf dem Herzen: Die Meinung der Redaktion vertritt dieser Text nicht. Da dies natürlich nicht das einzige Veröffentlichungskriterium ist und wir die Zensur nicht zu weit treiben wollen, enthalten wir euch den Text nicht vor.

Aufgefallen ist uns an dem Papier einerseits die notwendige Kritik an männerdominierten Führungsorganisationen, andererseits aber wiederum das Einklagen von mangelnder Führung für die "Massen". Das ML-Konzept wird als patriarchal abgelehnt, aber dann durch die Hintertür immer wieder hervorgeholt. Der Text ist aber allemal überfällig, da er daß Patriarchat zum Ausgangspunkt der Analyse des Golfkrieges zu machen versucht.

Zur Kulturrubrik: Subkulturelle Veranstaltungen können wir nicht immer abdrucken. Wenn ihr uns Termine zuschickt, können wir euch nicht versprechen, sie abzu-  
drucken.

Die Papierflut für dieses Heft war leider nur eine seichte Welle. Schreibt mal wieder!

Frank Hoffmann ist seit letzter Woche wieder aus dem Knast raus. Tausend Grüße nach Frankfurt von uns an Frank!

#### Inhalt:

- S.4 :Bilanz der Anti-Shell-Aktionen  
aus unserer Sicht
- S.7 :zur 1. Mai Vorbereitung
- S.9 :RZ-Erklärung
- S.10:Volkssport
- S.11:Anzeige
- S.12:Frauen - Der längstandauernde  
umfassend-revolutionäre Befrei-  
ungskrieg
- S.25:Literatur zu Frauen im arabisch-  
islamischen Raum
- S.26:Einladung zur CLASS WAR-Konferenz
- S.27:Waffen für die Ex-DDR
- S.28:Anzeigen und Werbung
- S.30:Termine

#### **EIGENTUMSVORBEHALT**

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushandigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushandigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile und nur sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushandigung zurückzusenden.

#### **IMPRESSUM**

**Herausgeberin:**  
Interim e.V.  
Gneisenaustr. 2 a  
1000 Berlin 6

**Redaktionsanschrift:** s. o.

**V.i.S.d.P.:** Charlotte Schulz

**Gesamtherstellung:**  
Eigendruck im Selbstverlag



## BILANZ DER ANTI-SHELL-AKTIONEN

### AUS UNSERER SICHT

Angesteckt von der Dynamik und politischen Breite einer internationalen "Anti-SHELL-Kampagne", wie sie bereits seit einigen Jahren hauptsächlich in den Niederlanden, den USA, Großbritannien und Skandinavien geführt wurde, sprangen Ende 1989 einige WestberlinerInnen auf den "Kill a Multi"-Zug auf.

Einen Konzern von der Dimension wie SHELL international zu bekämpfen, war für uns das Faszinierende und gleichzeitig Erfolgversprechende. Dabei ging es uns darum, zum einen an SHELL exemplarisch die Politik multinationaler Konzerne aufzuzeigen und anzugreifen, zum anderen gibt es gute Gründe, gerade SHELL herauszugreifen. Nicht nur historisch spielte SHELL eine wesentliche Rolle bei der Ausbeutung für die Metropolen wichtiger Rohstoffe - ein Profiteur und Protagonist kolonialistischer Politik. In diesem Interesse wurde auch massiv das Nazi-Regime unterstützt. SHELL als Stütze des Rassistenregimes in Südafrika - einer der vielen Konzerne, die aus der Ausbeutung und Unterdrückung von schwarzen Frauen und Männern fette Profite schlagen. Auch hier bestimmt dieser größte europäische Konzern aufgrund seiner Stellung im Energiesektor und in der Gentechnologie die Gesellschaftsstruktur mit.

So beschlossen wir, diesen Konzern in die Öffentlichkeit zu zerren, ihm möglichst effektiv Schwierigkeiten zu bereiten. Es ging um die politische Vermittlung und Verbreiterung der Anti-SHELL-Kampagne hier. Bundesweit wurde vor allem von Medico eine breite Öffentlichkeitsarbeit gemacht. An vielen Stellen der BRD wurde SHELL zum Thema, an der Muschel gesagt.

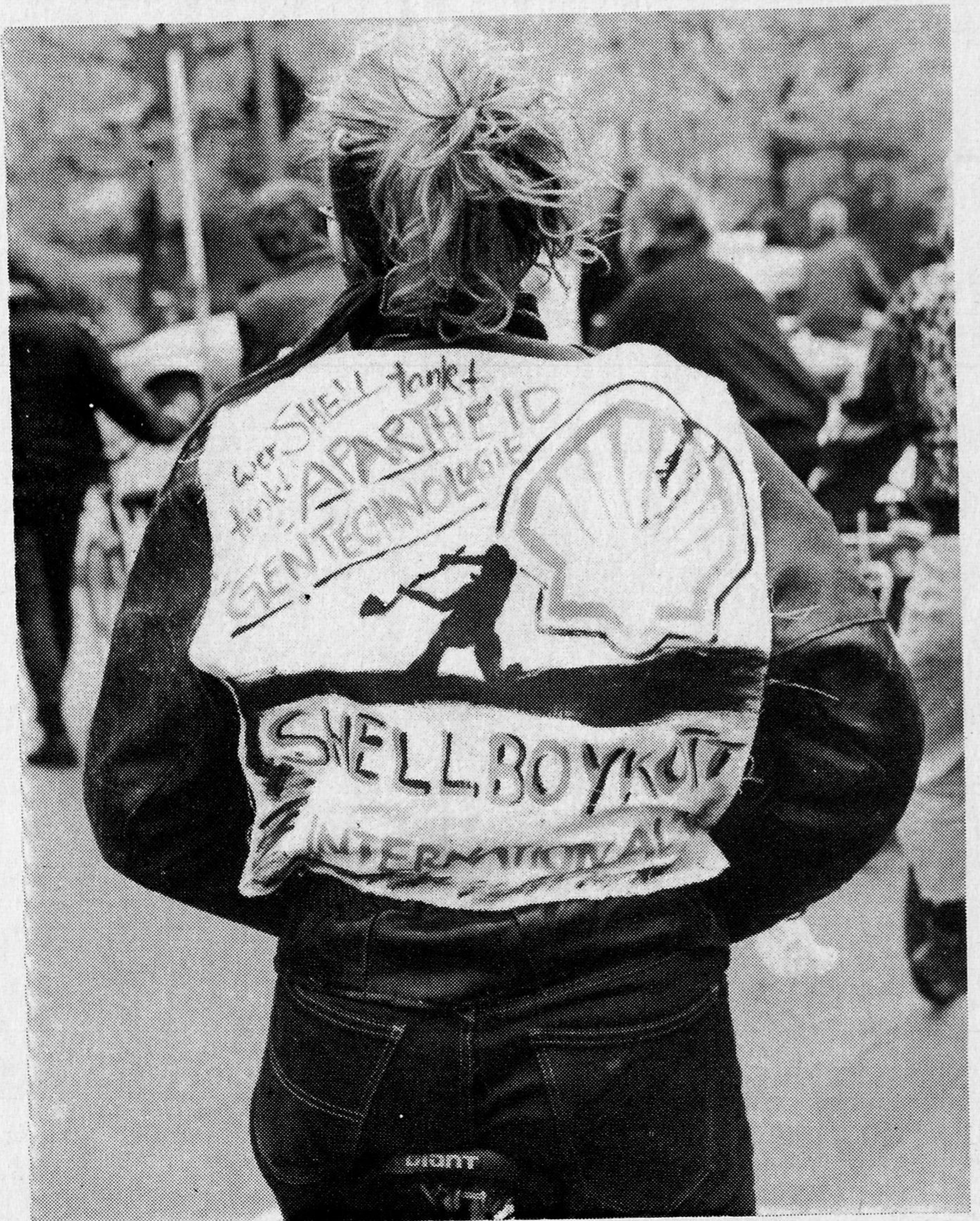
War die Parole "SHELL raus aus Südafrika" eine wesentliche politische Bedeutung innerhalb der Kampagne, so wollten wir unseren antikapitalistischen Ansatz mit dem Aufgreifen der Parole "Kill a Multi" kurz und klar zum Ausdruck bringen - und nahmen uns ziemlich viel vor.

Doch erstmal zur Situation im Herbst 1989:

Die Veränderungen im Zuge der Mauerdurchlöcherung hier in Westberlin machten Neuorientierungen notwendig, was zunächst mehr ein Gefühl war, als daß tatsächlich konkrete politische Ansätze gefunden werden konnten.

Schon längere Zeit, spätestens seit dem IWF-Mördertreff, hatte sich in der internationalistischen Szene ein Gefühl der Lähmung breitgemacht, eine handlungsfähige Perspektive war nicht in Sicht. Die internationalistische Anti-SHELL-Kampagne hatte anscheinend schon vorher einige GenossInnen mobilisiert. Seit Juli 88 waren verschiedene Tankstellen in Westberlin nächtens besucht worden.

Offensichtlich wurde das Thema auch in kirchlichen Jugendkreisen und der Anti-Apartheidsbewegung (AAB) diskutiert - das waren vielversprechende Voraussetzungen, auch hier etwas ähnliches hinzukriegen wie in den Niederlanden. Dort arbeiteten unterschiedliche politische Spektren relativ gleichberechtigt an einem gemeinsamen Projekt - ohne daß eine gegenseitige Ab- oder Ausgrenzung erfolgt war.







Also riefen wir im Dezember 89 erstmal zu einer öffentlichen Veranstaltung auf - und siehe da, die unterschiedlichsten Gruppen und Einzelpersonen fanden sich auf einem anschließenden Anti-SHELL-Aktionsplenum ein. Positiv an dieser spontanen Struktur war die Fähigkeit, ohne langwierige Diskussionen und politische Linienkämpfe einen arbeitsfähigen Zusammenhang aufzubauen, der innerhalb kürzester Zeit eigene Aktionen vorbereitete. So mobilisierten wir im Januar 90 zu einer Tankstellenblockade, zu der ca. 600 Leute kamen - jedoch war das Bild stark von der autonomen Szene geprägt. Trotzdem gab diese Aktion viel Aufwind. In den folgenden Monaten wurden massenhaft Flugis und Aufkleber an den Menschen gebracht, Broschüren und Büchertische gemacht, Tankstellen nachts besucht

(was mit der Installation von Bewegungsmeldern und Überwachung im Frühjahr vorerst ein Ende fand). Unsere Aktionen hatten allesamt SHELLs Unterstützung des Rassenregims in Südafrika als zentralen Inhalt. Das verwundert, wollten wir doch ursprünglich eindeutig antikapitalistische Inhalte rüberbringen, die SHELL-Boykottkampagne eher als Vehikel dafür nutzen. Was war passiert?

Wir waren irrtümlich davon ausgegangen, daß vor allem Gruppen aus dem AAB-Spektrum, dem kirchlichen Bereich etc. inhaltlich an dem Themenkomplex arbeitete und wir sozusagen nur die internationalistische radikale Konzernkritik ergänzen mußten. Es gab jedoch nur wenige Gruppen aus diesem Spektrum und dort waren es auch radikalere Einzelpersonen bzw. Kleingruppen, die sich an der Anti-SHELL-Mobilisierung beteiligten. Daß sie einen schwierigen Stand auch innerhalb ihrer Organisationen/Gruppen hatten, wurde spätestens bei einer Aktion gegen die Präsentation von Südafrika auf der ITB

(Internationale Tourismus Börse) deutlich, wo auf der Kundgebung unser Redebeitrag nicht gehalten werden konnte. . Mit der nicht nur dadurch bei uns entstandenen Unzufriedenheit und Ablehnung dieses Organisationsbündnisses konfrontierten wir etwas unreflektiert genau die wenigen Leute, die aus diesem Spektrum auf unser Plenum kamen. Im Laufe des ersten halben Jahres war dann quasi jeder Kontakt abgebrochen, ohne daß wir uns bemüht hätten, noch nach Gemeinsamkeiten zu suchen.

Positiver waren dagegen die Entwicklungen mit anderen Gruppen, vor allem mit den SchülerInnen, die in ihrem Bereich viele Leute zur Auseinandersetzung mit SHELL mobilisierten und mit Power und Fantasie dabei waren.

Allseits war die Lust da, mit vielfältigen Ideen die Kampagne zu



beleben. Fotoausstellung zur Situation in den "Townships", Sprüh- und Farbaktionen, Transparente, das alles fand einen Höhepunkt in der Fahrraddemo zum internationalen Aktionstag Ende April. Diese Demo war gleichzeitig Teil der Aktionstage zum 1. Mai und damit eingebunden in eine stadtweite Diskussion und Vorbereitung.

Es waren nicht nur über 1000 RadlerInnen da, Krach und Farbe und freie Fahrt (die Bullen waren zunächst nicht da, dann immer am "falschen" Ort), sondern machte auch viel Spaß. Befürchtungen, daß die Bullen Streß machen würden - immerhin war die Sache nicht angemeldet - stellten sich als falsch heraus.

Hier gelang es uns das einzige Mal, mit Besuchen bei der Daimler Benz, Deutsche Bank und Schering, die Anti-SHELL-Kampagne in einem eindeutig antikapitalistischen Kontext zumindest symbolisch zu stellen.

Tatsächlich waren wir ziemlich überfordert. Ursprünglich hatten wir ein Plenum anschieben wollen, welches zu SHELL arbeitet und sich koordiniert. Inzwischen waren wir in die Rolle der verantwortlichen InitiatorInnen und IdeenproduzentInnen gerutscht (nicht ganz ohne eigene Schuld), der wir personell und kräftemäßig nicht gewachsen waren. Wir hatten auf einen Selbstläufereffekt gesetzt, im konkreten blieb jedoch fast alles an uns hängen. Es zeigte sich, daß schnell eingestiegene Gruppen vor allem aus der Scene auch schnell wieder weg waren bzw. kurzfristig arg übertriebene Erwartungen an die Koordination gestellt wurden.

Andere Gruppen, mit denen eine inhaltliche Zusammenarbeit wichtig gewesen wäre (z.B. Gentech) fanden sich nicht. Toll war allerdings, daß einige wenige auf die Kampagne bezogene Berichte erstellten, was der SHELL-Konzern in verschiedenen Ländern (Thailand, Curacao, Kolumbien) für eine Politik betreibt. Dies war eine Form von praktischer Solidarität, wo Gruppen aus der eigenen politischen Arbeit und den Projekten, an denen sie arbeiten, aufgezeigt haben, was SHELL damit zu tun hat.

Unsere Herangehensweise war aktivistisch bestimmt gewesen - es hätte

intensiverer inhaltlicher (Mit-)Arbeit bedurft, unsere Vorstellungen deutlicher zu vermitteln. So blieb es im Wesentlichen bei der Boykottforderung, die von vornherein in der Kampagne vorgegeben war. Unsere Unzufriedenheit damit fand Ausdruck in einer inkonsequenten politischen Herangehensweise; nicht zuletzt wollten wir uns nicht (auch jedeR einzelne für sich) mit Haut und Haaren in die Kampagne stürzen, wollten auch weiterhin an anderen politischen Projekten weiterarbeiten. So vernachlässigten wir z.B. die Öffentlichkeitsarbeit, Medien mieden wir fast vollständig. Unsere Energien wollten wir nicht in Boykottaufrufen verbrauchen, das hatten wir eigentlich von anderen erwartet. Wir sahen unsere Funktion nicht darin, auf andere Gruppen zuzugehen und für eine breite Kampagne zu werden, wie das z.B. durch Medico geschah. Trotz dieser Widersprüchlichkeiten entwickelte sich zunächst eine vielversprechende Dynamik, die viele Hoffnungen entstehen ließ - nicht nur bei uns.

Ganz deutlich wurde in dieser Situation, daß wir in Gedanken mehr bei unserem Vorbild in den Niederlanden waren, als bei den hiesigen Verhältnissen (neue Kampagne in der Stadt, aktuelle politische Situation, Spektrum der AktivistInnen). Zu den internationalen Aktionen am 16. Juni ging uns die Fantasie aus, auch war das Plenum ziemlich zusammengeschmolzen. Es kam dennoch eine effektive Tankstellen-Blockade zustande. Trotzdem war die Aktion mit dem Gefühl behaftet, nach schnellem Anwachsen der Bewegung diese wieder zu Grabe zu tragen. Die Luft schien raus zu sein und das nicht nur bei uns. Nach den Gesprächen zwischen Mandela und de Klerk, als sich eine Verhandlungslösung zwischen ANC und südafrikanischer Regierung andeutete, fiel in den Niederlanden die breite Boykott-Koalition in sich zusammen. Diese Entwicklung gipfelte in den Mandela Auftritten in den Niederlanden und der BRD parallel zum internationalen Aktionstag am 16. Juni, wo er den Kontakt zur Boykottbewegung offensichtlich mied. Das hatte weitreichende Konsequenzen für den Anti-SHELL-Kampf BRD-weit und international, die zur Auflösung der Kampagne führten.

Letztendlich haben wir SHELL in Berlin zum Thema gemacht, wir wollten die Chance nutzen, nicht aus der Defensive heraus, sondern im Rahmen eines international organisierten Widerstands einen Multi so weit wie möglich in Schwierigkeiten bringen. Die lange diskutierten Kampagnen in unserer politischen Geschichte (KWU, Siemens etc.) machten dabei zugegebenermaßen wenig Mut - doch war die anfängliche Perspektive einer vernetzten Widerstandskultur auf ganz breiter und internationaler Ebene ein lohnendes Ziel - das, was wir in dieser Hinsicht aufgebaut haben, wird auch das Ende der Anti-SHELL-Kampagne überdauern!

ANTI-SHELL-KOORDINATION  
WESTBERLIN März 1991  
KILL A MULTI!



Protokoll vom 6.3.91  
Vorbereitungsplenum 1.Mai

Es ist intern eingeladen worden, dabei sind einige Gruppen und Personen vergessen worden. Das war keine böse Absicht, sondern einfach nicht leistbar von den paar Leuten, die dieses erste Treffen angezettelt haben. Es waren kaum Frauen und keine ausländischen Menschen da. Die Mobilisierung für das nächste Treffen soll dementsprechend breiter laufen.

Es ist noch nichts beschlossen worden auf diesem ersten Treffen. Wir haben darüber geredet, was die anwesenden Gruppen und Menschen sich aus ihrer politischen Praxis heraus für den 1.Mai91 vorstellen können. Die inhaltliche Spannbreite ist dabei genauso breit wie durcheinander, Schwerpunkte lassen sich noch nicht benennen, auch wenn die Begriffe "autonome Antifa- und Stadtteilpolitik" des öfteren fielen.

Kontrovers haben wir an der Frage diskutiert, ob's am 1.Mai91 eine oder zwei Demos geben soll (Ost und West). Während die einen dafür plädiert haben, daß wir uns doch trotz aller Widersprüche und unserer unterschiedlichen Geschichte, unserer unterschiedlichen Erfahrungen allmählich mal als eine Bewegung begreifen sollten und sich genau das auch in einer Demo ausdrücken könnte, sprachen andere dafür, zwei Demos zu machen, die sich dann treffen könnten mit der Begründung, daß die "OstBewegung" eigenständig sei und eine ganz eigene Ausstrahlung hat.

Alle sprachen sich letztendlich dafür aus, daß, egal wie's kommt, eine gemeinsame Vorbereitung prima wär... Wie das gehen soll und ob eine oder zwei Demos, das wollen wir so schnell wie möglich klären. Relative Übereinkunft gab es in dem Punkt, die Vorbereitung zwar nicht öffentlich, aber transparent zu machen. Dieses Protokoll ist eine Möglichkeit... öffentliche Kiezpalaver zum 1.Mai ein denkbarer, ~~weiterer~~ Schritt.

Aufgrund punktueller Zusammenarbeit einer Gruppe mit der PDS wurde dann gestritten, ob und welche Rolle diese Partei in unserer Vorbereitung spielt. Wir waren uns darin einig, daß (wie immer) Parteien da nix zu suchen haben. Dann ging es um parteispitzenkontroverse Strömungen innerhalb der PDS und entsprechende Menschen, die dafür stehen. Hier waren Einschätzungen und Meinungen betreffs unserer Vorbereitung klar unterschiedlich. Dennoch: Parteimitglieder in der 1.Mai-Vorbereitung gibts nicht und solls auch in Zukunft nicht geben!

Insgesamt läßt sich sagen, daß vor allem die nächsten Treffen ausschlaggebend sein werden in welcher Art und Weise der 1.Mai (und dazu gehört übrigens auch das Fest) vorbereitet wird. Für'n Stimmungsbild ist es so verdammt früh,... für 'ne ausgiebige Vorbereitung schon so scheiße spät.

Rotz alledem: Raus zum vorrevolutionären 1.Mai!!

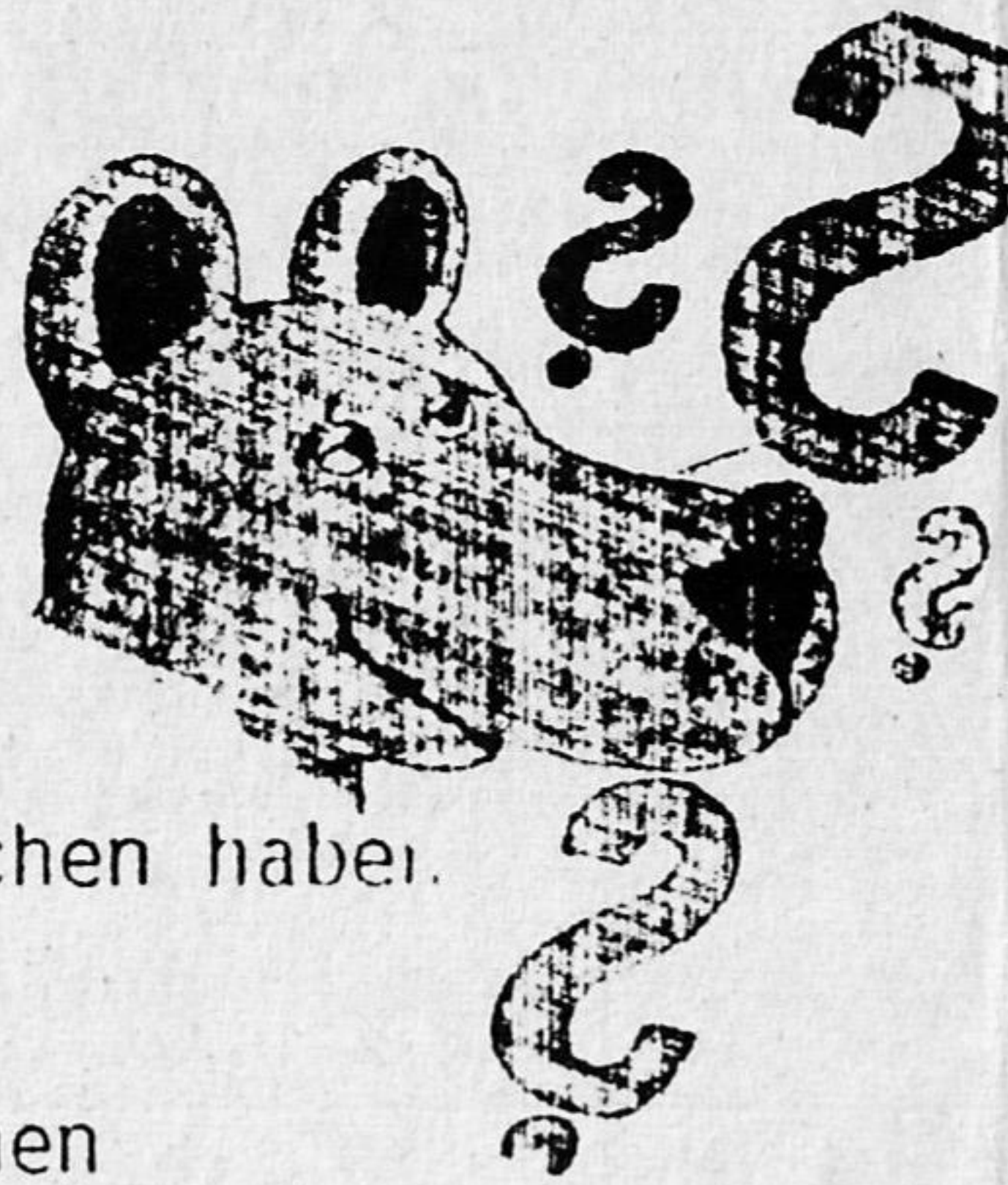
früher hing ich oft nur so rum  
'n paar biers und vielleicht mal so ganz individualistisch  
'n telefonhäuschen plattmachen ...

heute weiß ich, daß wir in der gruppe mehr schaffen!



autonome gruppen.  
mehr als politik.





...dass wir wirklich noch lachen können, obwohl wir nichts zu lachen haben.

Die radikale Linke hat sich einer organisatorischen und politischen Verantwortung für die Vorbereitung des 1. Mai 1991 entledigt.

Noch 5 Wochen bis zum 1. Mai und es steht noch nichts.  
Fällt die autonome revolutionäre 1. Mai Demo in diesem Jahr aus?  
Was war zuletzt? "Ich glaube, dass es nötig ist, eine radikale und militante Opposition gegen den Golfkrieg aufzubauen..."

(L.U.P.U.S., Interim Nr. 135). Nicht gelungen.

Der umfassende aggressive soziale Angriff in der ehemaligen DDR weitet sich aus, auf allen Ebenen: soziale Demontage... Das Elend der Flüchtlinge, der Rassismus sind aktuell...

Es gäb genug Gründe, gemeinsam auf die Strasse zu gehen.

Das diesjährige 1. Mai Vorbereitungsplenum hat sich erst zweimal gesehen, ist eine ganz kleine Gruppe von Menschen aus Ost und West, die es notwendig finden, trotz allem die Initiative zu ergreifen, aber außer Stande ist, die ganze Arbeit allein zu leisten.

Es gibt keinerlei Vorbereitung für ein 1. Mai Fest!

Wem gehört der 1. Mai eigentlich?

Frantz Fanon meint: "Los, meine Kampfgefährten, es ist besser, wenn wir uns sofort entschliessen, den Kurs zu ändern. Die große Nacht, in der wir versunken waren, müssen wir abschütteln und hinter uns lassen. Der neue Tag, der sich schon am Horizont zeigt, muss uns landhaft, aufgeweckt und entschlossen antreffen." (aus "Die Verdammten dieser Erde")

### Slumbewohner besetzten leere Wohnungen in Rio

Rio de Janeiro (dpa). Etwa 6000 Slumbewohner haben nachts in Rio 982 leerstehende Wohnungen eines Neubaukomplexes besetzt. Wie gestern bekannt wurde, drangen die Männer, Frauen und Kinder mit Laternen und Kerzen in den Händen in die Wohnungen ein. Es ist die größte Hausbesetzungsaktion, die jemals in Rio de Janeiro stattgefunden hat.

Die besetzte Wohnanlage gehört einer Bank, die Konkurs angemeldet hat. Die Anlage besteht aus 15 Wohnblöcken. Seit 1984 stehen die Neubauten leer und konnten nicht verkauft werden, weil die Abwicklung des Bankkonkurses ins Stocken geriet.





## Krieg dem imperialistischen Krieg !

Heute wurde von uns eine Pumpstation zusammen mit der Leitung der Nato-Pipeline bei Ahlhorn/Niedersachsen gesprengt. Diese Pipeline versorgt die Natoflugplätze Oldenburg und Ahlhorn mit Flugbenzin. Diese Flugplätze werden von dem Jagdbombergeschwader der Bundesluftwaffe, das in der Türkei eingesetzt ist, und von Transportflugzeugen zur Versorgung der US- und Nato-Truppen in der Golfregion benutzt. Wir zerstörten die Pipeline, um dem gigantischen Angriff der imperialistischen Staaten etwas entgegenzusetzen. Denn sie versuchen, die Schwäche unseres Widerstands und die Zerrissenheit der Sowjetunion als einmalige Chance zu nutzen, um ihre neue Weltordnung gegen die ausgebeuteten arabischen Völker und als Drohung gegen alle Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas durchzusetzen. Die Besetzung des Nahen Ostens ist ebenfalls ein Einschüchterungsversuch gegen die Menschen in den Metropolen, die dem Gehirnwäscheprogramm widerstehen.

Wir leben hier in der Metropole, von der aus die weißen Kolonialherren ihre Eroberungskriege zur Steigerung des Profits planen. Diese Fanatiker der ungehemmten Ausbeutung führen diese Kriege im Namen des christlichen Gottes, der Gleichheit und Brüderlichkeit, der Menschenrechte, der Freiheit und Demokratie, - wie sie's gerade brauchen -. Doch der Kampf der Völker der 3 ausgeplünderten Kontinente und der unterdrückten Klassen in den Metropolen wird ihnen eine Grenze setzen.

Solange es Kapitalismus gibt, kann es keinen Frieden geben. Die USA brauchen diesen Krieg, um ihr kapitalistisches System vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Weil die USA sich in einer schweren Rezession befinden, weil die sozialen Widersprüche sich dort zuspitzen, weil die Banken am Ende sind und weil die mächtige Rüstungsindustrie ihre Produktion steigern will, brauchen sie den ungehinderten Zugriff auf das Öl. Deshalb müssen hunderttausende arabischer und kurdischer Menschen sterben. Der Reichtum der Industrieländer beruht auf der hemmungslosen Ausplünderung der Rohstoffe und Arbeitskraft anderer Völker. Tod, Hunger und Elend werden in Kauf genommen. Das Selbstbewußtsein der Menschen soll zerstört werden, damit sie nie vergessen, daß die Herren dieser Welt weiß, reich und "zivilisiert" sind, und vor allem nie vergessen, daß keiner ihre Macht in Frage stellen darf. Saddam Hussein ist in diesem grausamen Spiel nur eine Schachfigur, ein Anlaß für die militärische Besetzung des Nahen Ostens. Die Verlierer in dieser Schlacht sind die arabischen Völker, die seit Jahrhunderten gegen den Kolonialismus kämpfen und heute außerdem mit der zionistischen Besetzung Palästinas und mit - vom Imperialismus gestützten - eigenen reaktionären Regierungen konfrontiert sind. Die Befreiungskämpfe im Nahen Osten wie der kurdische und palästinensische Volksaufstand sollen endgültig in die Knie gezwungen werden.

Die zerstörerische Logik des Kapitalismus ist erst am Ende, wenn der Kapitalismus am Ende ist. Um dieses Ziel zu erreichen, um uns von der Gewalt und Gewalttätigkeit des imperialistischen Systems weltweit zu befreien, ist es notwendig, den Kampf auf allen Ebenen zu führen. Unsere politische und moralische Kraft darf vor ihren Gewehrläufen nicht ohnmächtig zusammenbrechen.

Für die politische und soziale Befreiung der Unterdrückten im Nahen Osten !

Für den Sieg des kurdischen und palästinensischen Volksaufstand !

Bewaffneter Antiimperialismus auch im Herzen der Bestie ! - Für den Revolution bis zum Sieg !

Kommunismus !

Revolutionäre Zellen, März 91



# Offener Brief an die Dresdner Bank

Unser Pflichtbewußtsein gebietet uns.  
im Rahmen der seit November bestehen-  
den Patenschaft für ihre Filiale am  
Schlesischen Tor gerecht zu werden und  
die Parolen zu erneuern, die sie dreister-  
weise permanent überstreichen. Außer-  
dem steht es ihnen auch weiterhin anheim,  
verklebte Türschlößer zu entkleistern, um  
weiter Ausbeutung und Mord zu finan-  
zieren.



Mit dem blutigen Band der Sympathie

---

Wir haben am 6.3.91 den Verkehr in der Adalbertstrasse mit brennenden Autoreifen beruhigt, die Einrichtung der türkischen Emlak-Bank auf die Strasse geworfen und zerstört und ein Transparent mit den Parolen "Unterstützt den Befreiungskampf des kurdischen Volkes- Antifaschistische Aktion" aufgehängt.

Nachdem die faschistische Özal Regierung den Golfkrieg dazu ausnutzte, die kurdische Bevölkerung zu deportieren, kurdische Dörfer zu bombardieren und Kurdistan militärisch zu besetzen, setzt sie jetzt ihren Terror gegen die kurdische Bevölkerung und gegen linke oppositionelle Kräfte fort.

In den letzten Wochen sind über 20 Menschen bei Aufständen in Kurdistan und in Istanbul von türkischen Militärs ermordet worden.

Wir werden der Ausbeutung und Unterdrückung der Menschen hier und im Trikont durch die neue imperialistische Weltordnung nicht länger tatenlos zusehen.

FÜR EINEN PROLETARISCHEN INTERNATIONALISMUS

FÜR EINE STARKE REVOLUTIONÄRE 1. MAI DEMO



was hier  
nicht steht,  
steht auch  
nicht in  
der interim

interim, am nabel der welt





Frauen —

## Der längstandauernde, umfassend-revolutionäre Befreiungskrieg

Inhalt:

Verdeckter Krieg — offener Krieg — Krieg gegen Frauen  
Bisherige und künftige Grenzen der Kolonialmächte

Befreiungskämpfe in der "Golfregion"

Massenkämpfe ohne revolutionäre Führung — populistischer Führer

Der längst-andauernde, umfassend-revolutionäre Befreiungskrieg der Frauen

Der Golfkrieg als Rückkehr zu Vietnam ...

... und als Konflikt zwischen US- und EG-Patriarchat in der Weltwirtschaftskrise  
Schweizer Patriarchat: neuerdings offen unter den Völkermördern

"Israel ist nicht stärker als die USA, und wir sind nicht schwächer als das vietnamesische Volk", lautete schon vor Jahren eine palästinensische Parole. Das US- und das EG-imperialistische Patriarchat sind nun einen riesigen Schritt weiter in Richtung Vietnam gegangen. Die unterdrückten Völker und ausgebeuteten Massen in der "Golfregion" können nicht wählen, ob sie in diese Richtung wollen. Sie können nur den Prozess vorwärts treiben zu einem weiteren, **revolutionären** Vietnam. Die Frauen als unterste Klasse haben den längst-andauernden, umfassend-revolutionären Befreiungskrieg zu führen, weit über Vietnam hinaus. Mit diesem Prozess ist unser feministischer Kampf hier aufs engste verknüpft: Erstens operiert das imperialistische Patriarchat von hier, von den Metropolen, gegen die Kolonien. Zweitens gehören Kolonialkrieg, verschärfte Ausbeutung und Verelendung dort, verschärfte Ausbeutung und Armut hier zur gleichen Krisenstrategie des Kapitals. Mit dem folgenden Text wollen wir dazu beitragen, die aktuellen Bewegungen des Patriarchats zu durchschauen, um gezielter feministisch kämpfen zu können.



Vom 16. Januar bis vorläufig zum 1. März sind das US- und EG-imperialistische Patriarchat (1) vom verdeckten zum offenen Völkermord im Golf übergegangen und mittlerweile zum verdeckten Krieg zurückgekehrt. Der Staat "Israel" benutzt die Rückendeckung der alliierten Invasionstruppen, um seinen nächsten Expansionskrieg gegen das palästinensische Volk vorzubereiten. Der türkische Staat nutzt die US- und EG-Invasion, um seinen Völkermord gegen die KurdInnen zu verschärfen und die Annexion des irakisch besetzten Teils von Kurdistan vorzubereiten. Das Schweizer Patriarchat hat seine angebliche "Neutralität" neu definiert, um sich erstmals OFFEN in die Front der Völkermörder einzureihen.

Das französische und das US-Patriarchat haben einen strategisch unbedeutenden und armen Fleck Erde wie Vietnam zweimal einem langjährigen, offenen Völkermord unterworfen, um die Unmöglichkeit von Revolution zu beweisen - vergeblich. Wenn die ausgebeuteten Klassen die "Golfregion" (2) zu einem weiteren revolutionären (3) Vietnam machen, trifft das ins Zentrum des imperialistischen Patriarchats. Auf Grund von drei objektiven Bedingungen sind die Kämpfe in der "Golfregion" aufs engste mit den Kämpfen hier verknüpft: Erstens ist die Weltwirtschaft heute auf Oel aufgebaut. Zweitens bilden die Oeleinkommen der kuwaitischen und andern Familiencliquen am Golf eine unverzichtbare Finanzquelle der Metropolen-Staaten (vor allem USA), der Konzerne und der Banken (auch der schweizerischen). Drittens ist die "Golfregion" strategisch bedeutsam wegen des Zugangs von den Metropolen zu Ostasien (Suezkanal) und wegen der Nähe zur Sowjetunion.

## **Verdeckter Krieg - offener Krieg - Krieg gegen Frauen**

Der offene Krieg im Golf ist ein Krieg gegen die ausgebeuteten Klassen in ihrem Widerstand und wurde durch einen verdeckten Krieg gegen dieselben vorbereitet. Zum Beispiel in Saudiarabien, das der US-Imperialismus seit 1944 zu seinem grössten Militär- und Luftwaffenstützpunkt zwischen Westeuropa und Japan ausgebaut hat. Den verdeckten Krieg führt ein US-amerikanisch und britisch aufgebauter Geheimdienst mit Folderspezialisten, mit Verbindungen zum CIA und zum britischen Geheimdienst und mit französischen und deutschen Anti-Terroreinheiten. Sie haben seit Jahrzehnten mit massiven Streiks, Bombenanschlägen und Aufstandsversuchen der saudiarabischen Massen fertigzuwerden. Die Frauen werden durch das Verbot fast aller Berufe in die Gefangenschaft der Männer gesetzt. Die Brutalität dieser Diktatur hat mit dem Islam kaum etwas, mit dem US- & EG-Patriarchat alles zu tun.

Auch der offene Krieg richtet sich in erster Linie gegen die unterste Klasse, die Frauen. Im Vietnamkrieg gab die US-Armeeleitung den GI's systematisch die Anweisung, vietnamesische Frauen zu vergewaltigen, um den Widerstand "moralisch" zu brechen. In "Friedens"zeiten trainiert die US-Armee mit dem Ruf "we will rape, we will kill!"

Wo immer das imperialistische Patriarchat seine wirtschaftlichen oder militärischen Eroberungszüge macht, zwingt es die kolonisierten Frauen in die Prostitution für Metropolenmänner. Der Vietnamkrieg war der Ursprung des Prostitutionstourismus und des Handels mit thailändischen und philippinischen Frauen. Die wirtschaftliche Rückeroberung Osteuro-

### **Anmerkungen zu Begriffen:**

(1) "Patriarchat" heisst übersetzt "Herrschaft der Aeltesten" im Sinn von Entscheidungsgewaltigen. Es bedeutet innere Kolonisierung der "eigenen" Frauen und äussere Kolonisierung anderer Stämme (später Nationen), insbesondere "ihrer" Frauen. Der inneren und äusseren Kolonisierung entsprechen auf ideologischer Ebene der Sexismus und der Rassismus. In der Geschichte der Menschheit hat sich das Patriarchat als Kern und Kontinuität aller Ausbeutungsgesellschaften bis heute erwiesen. Die zweiseitige Kolonisierung hat sich vom urzeitlichen Jäger- und Sammlerinnen-Patriarchat bis hin zum feudalen und kapitalistischen Patriarchat sehr verschärft. Die heute vorherrschende Form des Patriarchats nennen wir "imperialistisches Patriarchat". Das Kapital mit seinen Metropolen-Staaten und seinen internationalen Institutionen ist der oberste Organisator dieses komplexen Systems, in dem auch alle ausgebeuteten Männer und alle ausgebeuteten Metropolen-Frauen Ausbeutungsrechte gegen Kolonisierte haben. Die bisherigen, revolutionären Strömungen verstehen die sexistische und rassistische Ausbeutung und Gewalt nicht als Klassenspaltung und können deshalb das imperialistische Patriarchat nur zum sozialistischen und kommunistischen Patriarchat umformen, nicht aber beseitigen. Als Feministinnen stellen wir dem kommunistischen das umfassend-revolutionäre Befreiungsziel entgegen: Ausrottung statt blosser Umformung des Patriarchats.

Wir kürzen im Text ab: "Patriarchat" für "imperialistisches Patriarchat".

(2) Wir setzen "Golfregion" in Anführungszeichen, weil wir damit die ganze Region meinen, in der sich die ausgebeuteten Klassen in einer gemeinsamen Situation mit den irakischen befinden. Den Begriff "Nahe und Mittlerer Osten" verwenden wir nicht, weil er eurozentristisch ist, den Begriff "arabischer Raum" verwenden wir nicht, weil eine Vielzahl von Völkern in dieser Region leben.

(3) Mit revolutionären Kämpfen meinen wir immer die Gesamtheit von Massen- und Guerillakämpfen: Weder der eine noch der andere Teil kann allein siegen.

Quellen: - Flug von Frauen und Lesben aus Giessen, Courage, Al Karamah, Middle East Report, ak, Inprecor, Subversion, Interim.

- Jakob Taut, Aufstieg und Niedergang des Zionismus, Frankfurt a.M., 1982.

- Ismail Besikci, Wir wollen frei und Kurden sein, Frankfurt a.M. 1987.



pas. hat polnische und ungarische Frauen in Prostitution und Frauenhandel gezwungen. Im Golfkrieg haben die alliierten Truppenleitungen wiederum Thailänderinnen "importiert", um in den Militärbordellen die Bindung der Soldaten an die imperialistisch-patriarchalen Interessen zu stärken. In dem Mass wie der Krieg die sozialen Strukturen und Lebensgrundlagen im Irak zerstört, können auch arabische Frauen zur Prostitution gezwungen werden.

## **Bisherige und künftige Grenzen der Kolonialmächte**

Die ausgebeuteten Klassen der "Golfregion" werden in ihrem Befreiungskampf nicht nur die "Grenze" von Kuwait verletzen müssen, sondern sämtliche "Grenzen" dieses Raums. Denn diese "Grenzen" sind von den Kolonialmächten gezogen und Grundlage der bisherigen, kolonialen Ausbeutung.

Auch das US- und das EG-Patriarchat wollen zusammen mit ihren lokalen Marionetten-Regierungen diesen Raum neu ordnen. In den aktuellen Kräfteverhältnissen können "Friedens"-pläne, Verhandlungen oder "Internationale Nahostkonferenzen" nichts anderes sein als Projekte und Abkommen der Völkermörder für ihre künftigen Ausbeutungsinteressen.

**Das kurdische Volk**, das eine mehrtausend-jährige Geschichte und einen mehrhundertjährigen Unabhängigkeitskampf zwischen Osmanischem und Persischem Reich hat, wurde durch einseitige, britisch-französisch-türkische Absprache auf vier Staaten aufgespalten und jeder Teil zu einer inneren Kolonie herabgedrückt. Dies musste die Klassengegensätze im Innern des kurdischen Volkes aufs brutalste verschärfen. Eine Peshmerga aus dem iranisch besetzten Teil berichtete 1986: Frauen haben in einer Situation katastrophalen Elends die Last der Produktion für das Ueberleben zu tragen, vom Wasserholen und der Feldarbeit bis zur Arbeit auf dem Bau und in Ziegeleien. Leisten sie Lohnarbeit, so wird der Lohn an die Männer der Familie ausbezahlt. Gegen die Frauen bestehen verschiedene, "mörderische Traditionen", wie die Beschneidung, die Verheiratung der Mädchen im Säuglingsalter, oder das Recht des Vaters, seine Töchter gegen neue Ehefrauen für sich oder für seine Söhne zu tauschen. Sucht eine Frau sich selbst einen Ehemann, so ist ihre Ermordung erlaubt.

Unter dem Eindruck anti-semitischer Pogrome im zaristischen Russland entstand gegen Ende des 19. Jahrhunderts der Zionismus. Er forderte als Lösung gegen den Anti-Semitismus die **"Sammlung aller Juden der Welt in Palästina" und die Herausbildung eines Staates "Israel" unter Ausschluss des eingeborenen, palästinensischen Volkes**. Der Zionismus verstand sich von Anfang an als Alternative gegen jeden revolutionären Kampf. Nur ein revolutionärer Kampf kann den Anti-Semitismus mit seinen Wurzeln vernichten.

Als kontra-revolutionäre Alternative pries sich der Zionismus dem russischen Zaren, dem deutschen Kaiser Wilhelm und dem britischen Aussenminister Chamberlain an. Denn ein jüdischer Staat ohne die eingeborene Bevölkerung bedeutet permanenten Krieg gegen diese und kann nur unter der Schirmherrschaft der weltweit führenden Kolonialmächte existieren. Als kontra-revolutionäre Alternative war der Zionismus zugleich der natürliche Verbündete der Reaktion: "Die Antisemiten waren unsere getreuesten Freunde, die antisemitischen Staaten werden es verstehen, unsere Verbündete zu sein", schrieb der Begründer des Zionismus (Herzl) um 1900.

Die britische Kolonialmacht war die erste Schutzmacht der jüdischen SiedlerInnen-gesellschaft. "Die Vorteile für das britische Imperium sind offensichtlich", sagte ein englischer Zionist. "Es geht um nichts weniger als die Verteidigung des Suez-Kanals, der Flugplätze, das äusserste Ende der Ölleitung in Haifa und den Hafen, ... Die Verteidigung der imperialistischen Interessen wird durch eine starke europäische Bevölkerung besser gesichert sein als durch einige militärische Einheiten, ..." Die Kommandotruppen zur Verteidigung der Ölleitung der British Petroleum Company wurden später die Sturmtruppen der zionistischen Terrororganisation Haganah, der Vorform des Staates "Israel".

Die zionistische SiedlerInnen-gesellschaft entfaltete von Anfang an und bis heute diese kontra-revolutionäre Dynamik, so erfüllt von edlen Idealen respektive massenmörderisch verfolgt die einwandernden JüdInnen zweifellos waren. Schon unter dem britischen Mandat begann die genannte Haganah das palästinensische Volk vom Land und aus den Lohnjobs zu verdrängen, boykottierte seine Landwirtschaft, vernichtete seine Produkte, griff seine Kaufleute an, und schloss die PalästinenserInnen aus den sozialen Institutionen und den BürgerInnenrechten im entstehenden zionistischen Staat aus. Der ausgebaute, zionistische Staat "Israel" intensivierte die Vertreibung durch Massaker und Expansionskriege. Der Staat "Israel" hat das jüdische Volk als blutige Kolonialherren gegen das palästinensische gestellt. Er hat so einen "Juden-Hass" ganz anderer Art geschaffen: den Hass der Verfolgten und Enteigneten gegen ihre Verfolger und Enteigner.



Weil der Staat "Israel" nur in völliger Kooperation mit der jeweils führenden, Kolonialmacht überleben kann, intensiviert er heute seine militärische und ökonomische Beziehung zum deutschen Patriarchat. Andererseits wissen alle Kolonialmächte, dass nur solche Bündnispartner zuverlässig sind, die nicht von sozialen Unruhen zerrissen sind. Das ist in der "Golfregion" - dieser Lebensader des imperialistischen Patriarchats - eindeutig nur die zionistische SiedlerInnengesellschaft.

Neofaschisten nutzen heute den imperialistisch-patriarchalen Völkermord im Golf, um zur "Endlösung der Judenfrage" aufzurufen. Der zionistische Staat "Israel" profitiert einmal mehr von "unseren getreuesten Freunden, den Anti-Semiten" (Zitat Herzl), um den Völkermord an den PalästinenserInnen als einzigen Ausweg gegen den Völkermord an den JüdInnen zu behaupten. Die antisemitischen Staaten USA und BRD unterstützen ihn auch diesmal: durch drastische Senkung der Einwanderungsquoten gegen russische JüdInnen haben sie den strategisch bedeutsamen Wanderungsstrom in den Staat Israel gelenkt. Die aus den Kolonien flüchtenden Massen, genauso brutal aus den metropolitanen Festungen ausgeschlossen, werden an die Verfolgerstaaten ausgeliefert.

Heute versucht der Staat "Israel" mit massiven Bombardierungen im Südlibanon die militärische Infrastruktur der PLO zu zerschlagen. Mit dem Slogan "Jordanien ist Palästina" hat er lange vor dem sogenannten "Golf-Konflikt" den nächsten Expansionskrieg gegen das palästinensische Volk angekündigt.

Die zionistische Vertreibung hat die Klassengegensätze auch im Innern des palästinensischen Volkes aufs brutalste verschärft. *Im traditionellen, palästinensischen Patriarchat* beruhte die Gesellschaft auf der Grossfamilie (hamula), dem Gemeineigentum und der gemeinsamen Bearbeitung des Landes. Die zionistische Besiedlung entzog dieser gebrauchswertorientierten Gesellschaft die materielle Basis: das Land. Es blieb "die palästinensische Frau als letzter Besitz des palästinensischen Mannes", wie eine palästinensische Feministin 1989 sagte. "Der Körper der Frau stellt die Ehre der Familie dar", erklärte sie weiter. Wird sie vergewaltigt, gilt sie und nicht der Vergewaltiger als die Schuldige. Leben und Tod der Frauen werden ganz und gar auf diese "Ehre der Familie" ausgerichtet; Frauenmord ist in diesem Rahmen erlaubt.

Die kolonialistisch erzwungene Abgrenzung der Oelfelder am Persischen Golf von den ausgebeuteten Klassen der "Golfregion" hat gewährleistet, dass die Oelmilliarden in den letzten 20 Jahren fast ganz als Finanzierungsmittel in die metropolitanen Wirtschaften zurückflossen. Das metropolitane Kapital ist angesichts der weltweiten Ueberproduktionskrise und des Mangels an Finanzierungsmitteln erst recht nicht an landwirtschaftlichen oder industriellen Produktionskapazitäten in diesem Raum interessiert. Es ist dementsprechend auch nicht interessiert, dass sich über Lohnerhöhungen und Sozialleistungen lokale, innere Märkte herausbilden.

Die Abgrenzung bedeutet, dass die Lohnarbeitskräfte von *Kuwait und den übrigen Scheichtümern am Golf* zu 80% ImmigrantInnen sind, grösstenteils aus Palästina Vertriebene. In allen ölproduzierenden Ländern werden die ImmigrantInnen systematisch vom politischen und sozialen Leben der StaatsbürgerInnen getrennt und bei wirtschaftlicher oder politischer Krise ausgewiesen. Ihre Löhne liegen bei einem Bruchteil jener von StaatsbürgerInnen. Wie SklavInnen sind sie meist an einen bestimmten Boss gebunden. Die saudi-arabische Presse zum Beispiel ist voll von Anzeigen von Unternehmern, die geflohene ArbeiterInnen beschreiben, damit sie aufgegriffen werden. Die Zerstörung der Oelfelder - hier als Beweis für Saddam Husseins Irrsinn präsentiert - war im August 1990 in Jordanien eine Demoparole: Bis heute haben die ausgebeuteten Klassen der "Golfregion" vom Reichtum ihres Territoriums nichts als Elend, Ausbeutung und Krieg gehabt.

*Der Irak* bildet im Golf eine Ausnahme: Er vereinigt eine zahlreiche Bevölkerung und Oelreichtum auf dem gleichen Territorium. Dies erlaubte ihm, einen beträchtlichen industriellen und militärischen Apparat und eine entsprechende Infrastruktur aufzubauen. Sogar ohne den politischen Konflikt musste das quer zu den aktuellen Interessen des Metropolitenkapitals liegen.

## ***Befreiungskämpfe in der "Golfregion"***

Der einzig ernsthafte und dauernde Feind des imperialistischen Patriarchats in der "Golfregion" sind die ausgebeuteten Klassen in ihrem Befreiungskampf.

Die Aufspaltung und Kolonisierung *Kurdistan*s hat den Befreiungskampf sehr erschwert. Dieser wurde traditionell von den Grossgrundbesitzern und Scheichs im Rahmen der Demokratischen Parteien Kurdistan (DPK) angeführt. Die "Angst vor der Entfesselung der Bauern", wie sich ein DPK-Führer aus dem Irak 1963 ausdrückte, führte alle DPK'en dazu, die Auto-



nomie nur für "ihr" Teilgebiet innerhalb "ihres" Kolonisatorenstaates zu fordern und dafür eine externe Schutzmacht zu suchen. Der bewaffnete Kampf blieb ein konjunkturell angewandtes, taktisches Mittel.

Im irakisch besetzten Teil scheint es den Grossgrundbesitzern und Scheichs weitgehend gelungen zu sein, die Führung zu behalten. Ab 1967 schlug der DPK-Führer Barzani der US-Regierung vor, die von der irakischen Baath-Regierung nationalisierten Öelfelder von Kurdistan zu erobern und die Ausbeutung an eine US-Gesellschaft zu übertragen; der US-Staat sollte dafür die KurdInnen im irakisch besetzten Teil "schützen". Als Vorleistung begann Barzani, kurdische Führer aus dem iranisch besetzten Teil zu ermorden oder an den Schah von Persien auszuliefern. Die iranische DPK ihrerseits verbündete sich wiederholt mit der irakischen Regierung gegen die KurdInnen im irakisch besetzten Teil. Während dem iranisch-irakischen Krieg kämpften auch die irakische und iranische DPK gegeneinander. Nach der irakischen Besetzung Kuwaits reiste Talabani, der Führer der "Irakischen Kurdistan-Front", nach Washington, um US-Unterstützung für den Aufbau einer rund 30'000 Mann starken Guerilla gegen Saddam Hussein zu bekommen. Der Talabani-Flügel hatte noch 1974/5 die Kollaboration der irakisch-kurdischen Führung mit dem US-Imperialismus und dem Schah verurteilt und sich deshalb von der DPK abgespalten. Die DPK selbst beharrte darauf, dass die Intervention der US-Truppen für die KurdInnen im irakisch besetzten Teil eine Lösung sein könne. Mittlerweile bombardieren die imperialistischen "Schutzmächte" auch diese KurdInnen. Der irakisch-kurdische Widerstand hat sich nach eigenen Aussagen darauf vorbereitet, dem drohenden Einmarsch der Truppen der türkischen Diktatur zu begegnen.

Im syrisch besetzten Teil beschränkte sich die DPK ab anfangs 60er Jahre auf einen "Kampf für demokratische und kulturelle Rechte innerhalb Syriens". Drei von den Organisationen, die sich deswegen von der DPK abgespalten, vereinigten sich 1986 zu einem Bündnis der "Kurdisch Demokratischen Zusammenarbeit".



*Immer auf der Flucht: Kurdische Frauen*



Im iranisch besetzten Teil konnten die kleinen und mittleren BäuerInnen und das ländliche "Proletariat" noch unter der Schah-Diktatur die Grossgrundbesitzer aus der führenden Stellung verdrängen. Zu Beginn der 80er Jahre bildete sich neben der DPK das Komala, eine marxistische Organisation, die den Aufstand für eine "Demokratisch Revolutionäre Republik" im iranisch besetzten Teil Kurdistans als Ziel setzte; in diesem Zusammenhang nahmen die Peshmerga den Guerilla-Kampf auf. Aus traditionell-patriarchalen Motiven waren die Frauen ursprünglich (1981/2) getrennt von den Männern organisiert, mit eigenen Frauenstützpunkten, Veranstaltungsräumen, Veranstaltungen und Propagandamärschen. Die Peshmerga-Männer verstanden schnell, dass dies ihre zukünftigen, patriarchalen Interessen gefährden könnte. Sie verlangten eine Diskussion, deren Resultat die Integration der Frauen in die geschlechtlich gemischte Peshmerga war.

Das Schwergewicht des kurdischen Befreiungskampfes liegt heute im türkisch besetzten Teil. Die bedeutendste Organisation, die Kurdische Arbeiterpartei PKK, führt als vorläufige einzige kurdische Organisation einen revolutionären Befreiungskampf für das gesamte Kurdistan, was sich perspektivisch gegen die abhängig-kapitalistischen Staaten Türkei, Irak, Iran und Syrien und den Imperialismus richtet. Sie verbindet als einzige den nationalen Befreiungskampf und einen Klassenkampf im Interesse der ausgebeuteten Männer. Der ak und verschiedene, reformistische Zeitungen beschuldigen die PKK, sie habe in der Vergangenheit offen-sexistische, politische Praktiken gehabt. Wir geben die Gerüchte nicht wieder, weil wir sie nicht überprüfen konnten. Für uns ist erstens klar, dass jede revolutionär kämpfende Organisation durch Kontra-RevolutionärInnen diffamiert wird, zweitens, dass eine marxistisch-leninistische Organisation schon auf Grund ihrer Klassenanalyse das Patriarchat in sich trägt.

Fast die ganze jüdische "Linke" akzeptiert bis heute die zionistische Lüge, dass der Staat "Israel" die Existenz des jüdischen Volkes garantiere. 1958 und nach dem zionistischen Expansionskrieg von 1967 entstanden erstmals *revolutionäre Organisationen von JüdInnen und PalästinenserInnen innerhalb "Israel"*. Wir zitieren die nach '67 entstandene GOJA: "Wir lehnen die Formen des legalen Kampfes im Rahmen des zionistischen Systems ab. ... Die Einheit unter den jüdischen und arabischen Mitgliedern (der GOJA, die Verf.) basiert auf einer Strategie, deren Ziel die gewaltsame Zerstörung des Staates Israel ist." Seit der zionistische Staat die GOJA zu Beginn der 70er Jahre zerschlagen hat, scheint dieser hoffnungsvolle Ansatz vorläufig brachzuliegen.

Die von der palästinensischen Bourgeoisie geführte PLO beruht seit ihrer Gründung (1964) auf dem Konzept, den *palästinensischen Befreiungskampf* aus jenem der ausgebeuteten, arabischen Massen herauszulösen und zusammen mit den übrigen arabischen Bourgeoisien und Despoten einen Kompromiss mit dem Imperialismus zu finden. Die Kapitulationslinie der PLO von 1988 - die Anerkennung des Staates Israel, die Reduktion des Befreiungsziels auf einen palästinensischen Rumpfstaat, die Distanzierung vom bewaffneten Kampf und die Ausrichtung auf Verhandlungen mit dem US-Imperialismus - steht in der Logik dieses ursprünglichen Konzepts.

Die Linke in der PLO - insbesondere die "Volksfront für die Befreiung Palästinas" PFLP - die aus den Kämpfen einer ausgebeuteten Klasse entstanden war, vertrat demgegenüber eine marxistisch-leninistische Strategie des langandauernden Volkskriegs, welche den nationalen Befreiungskampf mit einem Klassenkampf vom Standpunkt der ausgebeuteten Männer verband. 1988 akzeptierte die PFLP Arafats Kapitulationslinie. So weit zu sehen ist, entstand daraufhin keine neue, revolutionäre Linke, die dem Kampf wieder eine Perspektive hätte geben können. So war es nicht zu verhindern, dass die Arafat-Politik erstens zu einer "politischen Enthauptung" der Intifada führte, das heisst zu einer Unterwerfung des Kampfes unter die Verhandlungslogik, und zweitens zu einer "praktischen Enthauptung" der Intifada, das heisst zur Einstellung des bewaffneten Kampfes bis heute.

Die islamisch fundamentalistischen Kräfte sind heute die einzigen, die zum Kampf gegen den Staat "Israel" aufrufen. Sie entsprechen als einzige der Erfahrung der palästinensischen Massen, dass es für sie keine "friedliche Koexistenz" mit dem Staat "Israel" geben kann. Die wachsende Bedeutung des islamischen Fundamentalismus ist aus der Schwäche der revolutionären Kräfte, und nicht aus einem religiösen Bedürfnis der palästinensischen (und arabischen) Massen zu erklären.

Vor allem die Oel-Bourgeoisien im Golf - darunter die kuwaitische - hatten von der PLO-Führung gefordert, die Intifada einzudämmen. Aber trotz der Kapitulations-Politik der PLO-Führung konnten weder die Oel-Bourgeoisien und arabischen Despoten, noch der zionistische Repressionsapparat die Intifada zerschlagen. Aus der Geschichte dieser Region heraus war es absehbar, dass nun die militärische US-Intervention anstand. Diese Steigerungsformen der anti-palästinensischen Aufstandsbekämpfung hatten sich schon in Jordanien





50.000 Bergarbeiter der türkischen Kohlestadt Zonguldak am schwarzen Meer haben mit einem in der

Geschichte der Türkei beispiellosen Kampf einen Durchbruch für die Arbeiterklasse errungen und den Thron von Pascha Özal gehörig erschüttert. Nach 40 kämpferischen Streiktagen vor Ort machten sich die Bergarbeiter mit ihren Familien und Freunden, begleitet von Bauern der umliegenden Dörfer, Arbeitern und Abgeordneten der

Oppositionsparteien auf den Weg nach Ankara. „Rücktritt der Regierung!“ „Wir wollen keinen Krieg und keinen Özal, der Krieg will!“ Der Marsch der 100.000 war getragen und begleitet von Hoffnung und Sympathie der Arbeiterklasse

(ak)

1970 und im Libanon 1982 abgezeichnet. Diesmal kommt hinzu, dass die Intifada die Spitze einer Entwicklung in dieser Region ist. Selbst der türkische Staat, vom US- & Europa-imperialistischen Patriarchat hochgerüsteter Aufstandsbekämpfer-Staat und regionale Stütze der NATO, hat sich nach zehn Jahren Verhaftungen ganzer Massenorganisationen, systematischer Folter und gezieltem Massenmord am Widerstand als unfähig erwiesen, die Kämpfe der Massen zu ersticken. Das heisst nichts anderes, als dass die bisherigen Methoden der Aufstandsbekämpfung sich in dieser Region als unfähig erwiesen haben, ihre Funktion zu erfüllen.

## Massenkämpfe ohne revolutionäre Führung - populistischer Führer

Dass der irakische Diktator Saddam Hussein die Position des populistischen Führers einnehmen konnte, hatte zwei Voraussetzungen: Erstens den Aufschwung der Massenkämpfe in der "Golfregion" und zweitens das weitgehende Fehlen revolutionärer Organisationen, welche die Massenkämpfe hätten führen und zu einem revolutionären Zusammenkommen vorantreiben können.

Den US-Diktator Bush und den irakischen Diktator Saddam Hussein auf die gleiche Stufe stellen heisst, die Existenz des Imperialismus leugnen. In der bürgerlich-panarabischen Rhetorik des populistischen Führers Saddam Hussein drücken sich berechnete Bedürfnisse der kolonisierten, arabischen Völker aus. So zum Beispiel in einer Rede von April 1990: Solange die AraberInnen wirtschaftlich und militärisch schwach seien, wären sie niemals fähig, "Israel" aus den besetzten Gebieten zu vertreiben und einen palästinensischen Staat zu errichten. Ein arabischer Weg zum Frieden müsse verbunden sein mit einem panarabischen, militärischen und materiellen Aufbau. Die Oelmilliarden müssten in der arabischen Welt statt im Ausland investiert werden. Reiche arabische Regierungen müssten arme unterstützen und ein panarabischer Fonds zur Unterstützung der Intifada sei zu gründen. Wenn ein Araber angegriffen werde und dieser Araber die Hilfe des Irak suche, werde der Irak nicht versäumen, ihm zu Hilfe zu eilen. In der Uebermittlung dieser Rede Saddam Husseins nach der Metropole wurden zwei Elemente unterschlagen: erstens sein Hinweis, dass der zionistische und nicht der irakische Staat nukleare und chemische Waffen in den Nahen und Mittleren Osten eingeführt hat. Zweitens sein Vorschlag, im ganzen "Nahen und



Mittleren Osten" eine Zone ohne atomare, biologische und chemische Waffen zu errichten. Im Mai 1990, auf der Arabischen Gipfelkonferenz in Bagdad, rief Saddam Hussein zur Einheitsfront gegen die zionistisch-imperialistische Aggression und zur Zusammenlegung der Ressourcen auf.

Nach dem Einmarsch der irakischen Armee in Kuwait gab es in Jordanien Demos gegen Saddam Hussein. Die Massen verstanden, dass der Einmarsch dem US-Patriarchat eine möglicherweise willkommene Gelegenheit zum offenen Krieg bot. Als dann die Gefahr zur Realität wurde, wurden die Demos pro-irakisch in dem Sinn, dass das US-Patriarchat alle ausgebeuteten Klassen der "Golfregion" in eine gemeinsame, militärische Bedrohungssituation mit dem Irak brachte. Das US- & Europa-Patriarchat inklusive das schweizerische waren es, die mit der UNO-Aushungerungsstrategie und dem militärischen Krieg die ausgebeuteten Klassen dort in eine gemeinsame Front mit einem Despoten gezwungen hatten. WIR als Teil des Widerstands in den Metropolen waren es, die dies nicht verhindert hatten. An UNS wäre es gewesen, dies zu verhindern, weil der gesellschaftliche Reichtum und das militärische Potential hier konzentriert liegen und von hier aus boykottiert respektive an den Golf transportiert werden. Dies festzustellen ist wesentlich für die Vorbereitung eines feministischen Widerstands hier auf bevorstehende Aufgaben.

Vor dem Angriff der alliierten Truppen verbreitete sich auf Massendemos die Forderung an Saddam Hussein, von sich aus anzugreifen, um verlorenen Boden wiederzugewinnen. Es ist bekannt, dass gerade die PalästinenserInnen grosse Furcht hatten, Saddam Hussein könnte kapitulieren, wie das populistischen Führern eigen ist. In den pro-irakischen Demos in den arabischen Ländern, in den Lebensmittelsammlungen für die irakischen Massen und in andern Unterstützungsaktionen steckte immer auch dieses Element, dem nicht vertrauenswürdigen Bourgeois Hussein die Kapitulation schwer zu machen. Denn die ausgebeuteten Massen im arabisch-kurdischen Raum wussten schon damals genau, dass ein "Waffenstillstand" oder ein "Friede" unter US- & EG- & UNO-imperialistischer Besetzung nur die Rückkehr vom offenen zum verdeckten Völkermord bedeuten können. Weil das imperialistische Patriarchat genau dieses Projekt hat, hängt alles davon ab, ob die ausgebeuteten Klassen ihren revolutionären Krieg gegen alle Formen des imperialistisch-patriarchalen Kriegs entwickeln können.

## *Der längstandauernde, umfassend-revolutionäre Befreiungskrieg der Frauen*

Die Auswanderung sehr vieler Männer für Lohnarbeit in den ölproduzierenden Ländern oder im Staat Israel bedeutet für die nicht-auswandernden Frauen, dass sie das Ueberleben in jeder Hinsicht gewährleisten müssen. Eine Militantin der Volksfront zur Befreiung Omans (PFLO) beantwortete um 1980 folgendermassen die Frage, weshalb aus so vielen Familien die Frauen, aber nicht die Männer am revolutionären Kampf teilnehmen: "Die Männer hatten oft Angst, dass sie ihren Arbeitsplatz verlieren oder ähnliches, aber die Frauen haben gesagt, wir haben nichts zu verlieren."

Die palästinensischen Frauen sind in ähnlichem Sinn die Trägerinnen der gebrauchswertorientierten Versorgungs- und Verteidigungsstrukturen der Intifada, das heisst der Lebensmittel- und medizinischen Versorgung, des Kampfes gegen Verhaftungen, der Verteidigung der Gefangenen, der Berufsbildung, der Wirtschaft für das Ueberleben, der Organisierung des Massenwiderstands. Innerhalb der Intifada besteht ein Klassenkampf zwischen denen, welche die palästinensische Selbstbestimmung auf Basis dieser Strukturen erkämpfen wollen, und denen, die im Kompromiss mit dem imperialistischen Patriarchat profitable Verwertungsmöglichkeiten für das palästinensische Kapital durchsetzen wollen. (Die Vereinigte Führung der Intifada bietet palästinensischen Unternehmern einen dank Boykott "israelischer" Produkte geschützten Markt innerhalb der besetzten Gebiete.) Die geschlechtermässige Zusammensetzung der einen wie der andern Seite - der Kapitalisten wie der Trägerinnen der Intifada-Strukturen - lässt die historisch tiefer liegende Geschlechterspaltung durchscheinen.

Aus ihrer Lage als Teil der untersten Klasse haben die palästinensischen Frauen den längstandauernden, umfassend-revolutionären Befreiungskrieg zu führen. (Wir betrachten ausgebeutete Frauen der Kolonien als unterste Klasse.) Entscheidend ist schon heute, welche Klasse in diesem Krieg die Führung hat. Dass die aktuelle Führung männerorientiert ist, spitzt den Klassenkonflikt gegen die Frauen in wesentlichen Fragen zu:

- Die PLO (inklusive PLO-Linke wie die PFLP) untersagt Abtreibung und Geburtenkontrolle; die höchste Pflicht palästinensischer Frauen sei das Gebären von Kindern, um die Revolution zu stärken. Die israelische Besetzerarmee, in traditionell imperialistischer Linie und auch weil sie diese "Strategie" kennt, tötet massenhaft Kinder. Jede Feministin weiss, dass Verhütungs- und Abtreibungsverbote Instrumente der Unterwerfung der Frau sind, mit höchst fragwürdiger Wirkung auf die Geburtenzahl. Die palästinensische Frauen



union fordert Einrichtungen für die Kinderbetreuung, verzichtet aber vorläufig darauf, freie Verhütung und Abtreibung zu fordern. Diese Forderung zu stellen würde vermutlich sofort den Klassenkampf um die Führung aufbrechen lassen, freie Abtreibung durchzusetzen wäre vermutlich gleichbedeutend damit, die Führung zu erobern. Das hat sich schon in Nicaragua gezeigt; die revolutionären Feministinnen waren dort nicht vorbereitet, die Führung zu erobern und dem Massenmord an Frauen durch (gezwungenermaßen) unfachgemässe Abtreibungen ein Ende zu setzen.

- Der Jungfräulichkeitskult werde auch von revolutionären Männern nicht in Frage gestellt, erklärt eine Vertreterin der PFLP in einem Interview von etwa 1989.

Da die verschiedenen, notwendigen Elemente des revolutionären Prozesses so eng miteinander verknüpft sind, gefährdet eine männer-orientierte Führung die Befreiung insgesamt:

- Der israelische Sicherheitsdienst erpresst Prostituierte und Drogenabhängige zu Spitzeldiensten. Männerorientierte, palästinensische Selbstverteidigungskomitees neigen nun dazu, sämtliche Frauen mit "unmoralischem Lebenswandel" als Spitzel zu verdächtigen und öffentlich steinigen zu lassen oder anderswie zu ermorden.

und öffentlich steinigten zu lassen oder anderswie zu ermorden.  
- Die israelischen Besetzerbehörden bekämpfen die aktuellen und potentiellen Trägerinnen der Intifada-Strukturen, indem sie sich des Patriarchats in der palästinensischen Gesellschaft bedienen. Die israelische Polizei bringt z.B. geflüchtete palästinensische Frauen an ihre Familie zurück; in der Regel werden sie dann binnen Stunden ermordet. Oder die Besetzerpolizei verhaftet kämpfende, demonstrierende, steinewerfende Frauen, greift sie sexuell an und liefert sie dann an "ihre" Familien aus. Weil die Frauen als die Schuldigen gelten, wenn sie vergewaltigt werden, setzen "ihre" Familien sie dann im Haus gefangen, schlagen oder ermorden sie. (laut einem Referat der palästinensischen Feministin Manar Hassan)

Hassan)  
Weil die Frauen die Trägerinnen der Intifada sind, führen die Männer ihren Kampf um die Führung schon heute, rechte wie linke in der PLO. "Sie indoktrinieren sie unablässig, ihren Widerstand nicht gegen ihre eigene Ausbeutung und Unterdrückung zu richten und nicht einmal davon zu sprechen. Sie haben grosse Angst, wenn die Frauen sich allein organisieren und begegnen allen feministischen Gruppen mit harter, hysterischer Abneigung, bezeichnen sie alle als reaktionär und bürgerlich. Insbesondere die Marxisten sagen: 'Gut, nach der nationalen Befreiung wird der Sozialismus kommen. Wartet ab, der Sozialismus wird kommen und alle Eure Probleme werden gelöst.'" (Zitate laut Manar Hassan)

## Der Golfkrieg als Rückkehr zu Vietnam ...

Der Krieg im Golf bedeutet die Rückkehr von verdeckten zu offenen Kriegen gegen die ausgebeuteten Klassen Asiens, Afrikas, Mittel- und Südamerikas in ihrem Befreiungskampf. Nachdem das US-imperialistische Patriarchat die UNO so gut für seine aussenpolitischen Interessen instrumentalisieren konnte, könnte sie ähnliches gegen die Befreiungskämpfe in El Salvador, Peru oder anderswo versuchen. (Das US-Patriarchat würde in seinem unmittelbaren Einflussbereich sicher andere Formen des Bündnisses durchzusetzen versuchen als in bereits umstrittenen Räumen wie dem Golf.)

... und als Konflikt zwischen US- und EG-Patriarchat in der Weltwirtschaftskrise

Der Krieg im Golf ist zugleich ein Konflikt zwischen imperialistisch-patriarchalen Mächten, der die Drohung eines weiteren, inter-imperialistischen Kriegs am Horizont auftauchen lässt. Das BRD-Patriarchat ist durch die Annexion der DDR zum wirtschaftlich führenden geworden. In seinem Schlepptau befinden sich Länder wie Belgien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, DIE SCHWEIZ, und in widersprüchlichem Verhältnis Frankreich, die alle an der wirtschaftlichen Rückeroberung Osteuropas mitprofitieren wollen. (In EG-interner Konkurrenz zum deutschen Patriarchat steht das englische.) Das mächtige, deutsch-europäische Potential an Ressourcen macht interne Umstrukturierungen erforderlich, bis es in einigen Jahren voll auf das inter-imperialistische Kräfteverhältnis durchschlagen kann. Das deutsch dominierte Europa-Patriarchat inklusive Schweiz haben zudem zur wirtschaftlichen Rückeroberung der Sowjetunion angesetzt. Dadurch werden sie in den Kolonien erschöpfte oder schwer zugängliche Rohstoffe inklusive Erdöl und Erdgas durch solche aus der Sowjetunion ersetzen können.

Der Entscheid des US-Patriarchats zum offenen Krieg im Golf war der Entscheid, dem deutsch/europäischen Patriarchat mit Hilfe des weit Überlegenen US-Militärapparats zuzukommen. Das US-Patriarchat bereitet sich auf die Konkurrenz vor, indem es die "Golfregion" - diese militär-strategische und ökonomische Lebensader des Kapitalismus - unter seine direkte Kontrolle zu bringen versucht. Das US-Patriarchat stationiert dort zugleich einen riesigen Militärapparat an der Südflanke der Sowjetunion; die Rückeroberung der



Sowjetunion wird es mit Sicherheit nicht mehr tatenlos dem EG-Patriarchat (oder dem japanischen) überlassen wie jene Osteuropas. Schon vor dem Zusammenbruch des Warschauerpakts wurden in den USA Stimmen laut, das kostspielige Militärpotential aus der BRD abziehen und sich wichtigeren Aufgaben zu widmen. Die Standortwahl für den aktuellen Krieg macht deutlich, dass ein nächster, inter-imperialistischer Krieg in den Kolonien stattfinden würde - wenn ihm der revolutionäre Krieg in Kolonien und Metropolen nicht zuvorkommt.

Wäre das deutsch/europäische Patriarchat militärisch vorbereitet und die Zeit politisch reif gewesen, hätte es gegen die US-Militärintervention im Golf selbst militärisch intervenieren müssen. (Gerade die irakische Diktatur war bis heute ein westeuropäischer Stützpunkt im Golf gewesen; die Wirtschaft war von deutschem, englischem und französischem Kapital abhängig, die militärischen Einheiten vom BRD-Staat ausgebildet.) Weil beides nicht der Fall war, nutzt das deutsch-europäische Patriarchat den Krieg, seine militärische Option auszubauen. (Das tut auch Japan.) Will das deutsch-europäische Patriarchat die weltweite Vorherrschaft erobern und behaupten, so muss es die Hochrüstung in US-Dimensionen angehen. Nachdem der ideologische Schleier einer angeblichen Gefahr aus dem "Osten" zerrissen ist, wird sich diese Hochrüstung unverhüllt wie jahrzehntelang nicht mehr gegen die kolonisierten Völker, insbesondere die Frauen, richten.

Gleichzeitig mit dem Ausbau der militärischen Option hat das deutsche Patriarchat bereits einen EG-Marshallplan zum Wiederaufbau und zur Neuordnung der Kriegsregion nach EG-Interessen angeregt. Die von den reformistischen Kräften auch hier unterstützte Forderung nach einer Internationalen Nahost-Friedenskonferenz liegt auf dieser Linie, das absteigende US-Patriarchat durch das aufsteigende und angeblich "friedlichere" deutsch-europäische Patriarchat zu verdrängen.

Ueber alle Konkurrenz hinweg sind sich die imperialistisch-patriarchalen Mächte einig, dass der Entscheid zum Krieg im Golf ein Entscheid zum Krieg gegen die ausgebeuteten Klassen weltweit ist. Innerhalb der USA war der Kriegsentscheid ein Sieg der Rüstungs- und Oelkonzerne, also der weltweit dominierenden Kapitalfraktion, gegen die drohende Reduktion der Rüstungsausgaben, für die beschleunigte Verarmung der untersten Klassen. (Bush selbst ist von der Oel-Fraktion.)

Ausgehend von den USA hat VOR der sogenannten "Golfkrise" die seit dem Börsenkrach von 1987 absehbare Weltwirtschaftskrise eingesetzt. Das Kapital wird immense Kosten auf die ausgebeuteten Klassen weltweit abwälzen und die Ausbeutung aufs extremste steigern müssen, um die Funktion der Krise - den Wiederanstieg der Profitrate - durchzusetzen. Allein die unmittelbaren Kriegskosten für 1991 werden auf 50 Milliarden \$ geschätzt. Die Annexion der DDR bedeutet zwar für das westdeutsche und westeuropäische Kapital neue Märkte. Die wirtschaftliche Rückeroberung der DDR und Osteuropas werden aber auch massiv kosten; die Abwälzung dieser Kosten nach unten wird das Konsumpotential der ausgebeuteten Klassen einschränken und die Ueberproduktionskrise verschärfen. Ausserdem zeigt es sich, dass die blosse Rückeroberung Osteuropas nicht genügt; erst die Rückeroberung der Sowjetunion oder Chinas würde den kapitalistischen Weltmarkt qualitativ verändern.

Gemäss Analysen von Shell werden die weltweiten Oelreserven, die zu "tragbaren Kosten" ausbeutbar sind, in 40-50 Jahren ausgeschöpft sein, wenn das Produktionsniveau unverändert bleibt. Die ganze Weltwirtschaft ist heute auf Oel gebaut. Ein neuer Aufschwung der Weltwirtschaft wird also eine Umwälzung der rohstoff- und energiemässigen Grundlage voraussetzen. Auch diese Umwälzung vorzubereiten bedeutet astronomische Kosten, bevor ein extra-profitträchtiges Geschäft daraus entsteht. Die Oelkonzerne werden die Kosten über den Oelpreis vorwegnehmen. Das bedeutet eine weitere Verschuldung der Kolonien und eine weitere Verelendung der Massen dort. Es bedeutet die Verteuerung aller Produkte, das heisst letztlich auch wieder des ganzen Konsums der ausgebeuteten Klassen in den Metropolen.

Angesichts des wirtschaftlichen Niedergangs wird der US-Staat seinen Kostenanteil nur über zusätzliche Verschuldung decken können. Im Sinne eines Wirtschaftskriegs gegen die USA hat der deutsche Staat anfangs Februar die Zinsen erhöht. Eine Hochzinspolitik müssen alle andern Staaten mitmachen, wollen sie den Kapitalabfluss verhindern. Hohe Zinsen bremsen (zusätzlich zu den tiefen Profiterwartungen) die produktiven Investitionen, vergrössern die Lohnarbeitslosigkeit und beschleunigen die Verlagerung von Lohnarbeit auf unbezahlte (Zwangs-)arbeit. Die ökonomisch besser gestellten Staaten wie der deutsche, der japanische und der schweizerische bereiten zugleich Steuererhöhungen auf Kosten der tiefsten Einkommen vor. Die Verarmung und Verelendung wird weltweit die bereits schon ärmsten Länder Asiens, Afrikas, Mittel- und Südamerikas treffen und innerhalb jedes einzelnen kolonisierten, "Ost-" und Metropolen-Landes wiederum die bereits schon Ärmsten. Die ökonomische Ungleichheit zwischen Ländern (gemessen am Bruttoinlandprodukt je EinwohnerIn) hat laut Weltbank den höchsten Punkt in der bisherigen Geschichte des kapita



listischen Patriarchats erreicht. Eine klassenspezifische Betrachtung zeigt, dass sich der bevorstehende Angriff des Kapitals wie alle bisherigen gegen die Frauen weltweit und vor allem gegen die Frauen der Kolonien richtet.

Der Wiederaufbau in Kuwait, Saudiarabien und eventuell Irak und die Ersetzung des Kriegsmaterials bedeutet für die Investitionsgüter- und Rüstungskonzerne einen beträchtlichen und extra-profite-versprechenden Markt. Aber das Kapital wird die Voraussetzungen für eine lange Periode der hohen Profit- und Wachstumsraten wie 1940-67 längerfristig kaum ohne inter-imperialistischen Krieg und kaum ohne Krieg gegen die Sowjetunion (oder China) durchsetzen können. Mit Sicherheit wird es sie nicht durchsetzen können ohne Ausweitung des offenen Kriegs gegen die Kolonien, und nicht ohne faschistische Mobilisierung des sogenannten "Volkes" gegen den Widerstand, der metropolitanen Massen gegen die kolonisierten Völker, sowie der Männer gegen die Frauen. Diese Mobilisierungen gehen immer einher mit gesteigerter, körperlicher Gewalt und Vergewaltigung. Der offene Krieg im Golf vereinigt diese letzteren Elemente.

In Vietnam war die US-Armee wegen einer internen Bewegung von GI's, die meuterten und ihre Offiziere erschossen, teilweise kampfunfähig. Das US-Pentagon hat mittlerweile die allgemeine durch die "ökonomische Wehrpflicht" der verarmten und wirtschaftlich marginalisierten Jugendlichen ersetzt - vorwiegend schwarz und zu einem relativ grossen Teil weiblichen Geschlechts. Auf den Golfkrieg hin hat der US-Staat zudem ImmigrantInnen vor das Ultimatum gestellt, Militärdienst zu leisten oder ausgeschafft zu werden.

Die "Neue Armee" des Pentagon ist ein Test, wie weit sich in der heutigen Situation Teile der untersten Klassen als Bluthunde und Kanonenfutter "verheizen" und gegen andere Teile der ausgebeuteten Klassen weltweit funktionalisieren lassen. Dieser Test ist auch für die Übrigen, imperialistisch-patriarchalen Regierungen inklusive die schweizerische von grossem Interesse. Auch sie betrachten eine Armee auf Basis allgemeiner Wehrpflicht als zu wenig zuverlässig und haben mit Berufsarmeen von "Freiwilligen" dieses Problem zu lösen versucht. Ihr Problem ist ein grundsätzliches: Solange der Lebensstandard relativ hoch ist, kann die nationalistische Kriegspropaganda die ausgebeuteten Klassen in den Metropolen bestenfalls zum stillehalten verführen, aber kaum mehr, für das imperialistische Patriarchat zu sterben. Den imperialistisch-patriarchalen Armeen stehen aber wachsende Massen gegenüber, die zum revolutionären Befreiungskrieg absolut entschlossen sind und JEDEN Einsatz leisten. Ausserdem wird die Verarmung auch in den Metropolen massiv weiterwachsen, insbesondere der Frauen. Eine feministische Perspektive kann nur in der Entwicklung des revolutionären Befreiungskriegs auch hier liegen.

Dank der vollständigen Unterwerfung der Sowjetbürokratie hat die UNO im sogenannten "Golf-Konflikt" eine Funktionsfähigkeit als Instrument des US-imperialistischen Patriarchats bewiesen wie vielleicht seit dem Koreakrieg nicht mehr. Deshalb ist eine Aufwertung der UNO möglich. Diese ist unter den Massen in der Metropole immer noch von einem ideologischen Schleier von "Völkergemeinschaft" umgeben.

Die UNO wurde 1945 auf Initiative der Siegermächte des 2. Weltkriegs, in vorderster Linie der US-amerikanischen, gegründet. Die imperialistisch-patriarchalen Mächte verfolgten dabei drei Ziele:

1. wieder eine gewisse "Internationale Ordnung" der inter-imperialistischen Konkurrenz zu garantieren, das heisst einen Rahmen der Ausbeutung der Massen in den Metropolen und der Ausplünderung der Kolonien ohne inter-imperialistische Kriege auf metropolitanem Territorium,

2. die Revolution der kolonisierten Völker zu ersticken (die UNO-Truppen haben seit 1945 mehrfach direkt gegen nationale Befreiungsbewegungen in den Kolonien interveniert; mit der Anerkennung des Staates "Israel" hat die UNO die Vertreibung und den Massenmord am palästinensischen Volk gutgeheissen),

3. die von Stalin begonnene Kollaboration der Sowjet-Bürokratie mit dem imperialistischen Patriarchat (z.B. im Hitler-Stalin-Pakt) zu institutionalisieren und auf Weltebene zu verlängern; ausserdem ihre Aufrüstung, vor allem die atomare, zu kontrollieren.

Führende US-Politiker wie Kissinger qualifizierten die UNO schon vor Jahren als "wichtiges Instrument der amerikanischen Aussenpolitik" - das war und ist sie.



Aufdruck auf einem T-Shirt, das den scheidenden Soldaten der holländischen UN-Friedenstruppe im Libanon 1982 von der Heeresleitung bei ihrer Rückkehr geschenkt wurde.



## **Schweizer Patriarchat: neuerdings OFFEN unter den Völkermördern**

Das imperialistische Patriarchat Schweiz hat im sogenannten "Golf-Konflikt" seine traditionelle Rolle gespielt, die flüchtenden Despoten aufzunehmen, mit ihren Milliarden ein glänzendes Geschäft zu machen, und die ausgebeuteten Klassen auszusperrern. Die arabischen Anlagen in Schweizer Banken sind laut Schweizer Nationalbank allein bis Ende September 1990 um zwei Milliarden Franken gewachsen. Die Grossbanken haben den bereits hier liegenden 3,5 Milliarden, grösstenteils aus Kuwait, allen Schutz versprochen. Der Wiederaufbau von Kuwait verspricht für das Schweizer Kapital - das auf Export und Finanzierung von Investitionsgütern spezialisiert ist - glänzende Geschäfte. (Allein in Kuwait sind Aufträge bis zu 500 Mrd. US-\$ zu vergeben.)

Angesichts der wachsenden und grösstenteils weiblichen Flüchtlingsströme in den Kolonien hat das imperialistische Patriarchat Schweiz in den letzten 30 Jahren in aller Stille den Lohnarbeitsmarkt, die Grenzen und zuletzt auch noch die Einbürgerungsmöglichkeiten eingewanderter Frauen durch Heirat versperrt. All dies geschah auf Initiative oder mit stillem Einverständnis des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes und der SPS. Im Unterschied zur gleichfalls brutalen Versperrung des Fluchtwegs der farbigen Männer - dem Weg des Asylgesuchs - vollzieht sich die Vergewaltigung von farbigen Frauen zu Besitz und Handelsware von Schweizer Männern unter dem Schweigen fast aller politischen Kräfte.

Der Schweizer Staat hat seit Ende des 2. Weltkriegs seine Aussenpolitik als getreues Sprachrohr des US-Patriarchats geführt. Heute zielt das Grosskapital auf eine Funktion als "Brückenkopf" zwischen den konkurrierenden, imperialistisch-patriarchalen Blöcken. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund und die SPS propagieren demgegenüber, der "Anschluss" an die aufsteigende, imperialistische Grossmacht Europa lasse auch ein paar Brosamen für die SP- und Gewerkschaftsbasis hier abfallen. Die Frage scheint nur noch zu sein, an WELCHE Völkermörder wir uns in WELCHER Form anschliessen sollen. "Dank Ueberzeugungskraft" des sozialdemokratischen Aussenministers Felber hat sich der Schweizer Bundesrat zum ersten Mal offen und "politisch" zur Aushungerung eines kolonisierten Volkes - des irakischen - bekannt, welche die Schweizer Konzerne und Banken seit eh und je betreiben. Die Exportkonzerne haben sofort angemeldet, dass sie für diese langfristige Sicherung ihrer Profite entschädigt werden wollen.

Der Schweizer Staat kauft sich zur Zeit in alle imperialistischen Blockbildungen und Institutionen ein, in denen künftige Profite vorbereitet werden, damit die Schweizer Konzerne und Banken mitprofitieren können. Das gilt für die Zahlungen im Rahmen der Anti-Irak-Front, die Leistungen im Rahmen der Umstrukturierung Osteuropas und die Zahlungen und Mitbestimmungsansprüche in der Weltwirtschaftspolizei IWF (Internationaler Währungsfonds).

Dank der gewerkschaftlichen Politik des Arbeits"friedens" konnte das Schweizer Kapital seit der Krise von 1974/5 den Anteil der entlohnt- und unentlohnt-ausgebeuteten Arbeit am gesellschaftlichen Produkt stark verkleinern und den seinigen entsprechend vergrössern. Als wirtschaftlich und innenpolitisch starkes, imperialistisches Patriarchat bereitet sich heute das schweizerische darauf vor, die Kosten der Umstrukturierung noch stärker als bisher auf die untersten Einkommen abzuwälzen. Nach zweimaligem Scheitern wollen die Bundesratsparteien heute ein Mehrwertsteuersystem einführen, in dem eine fast unbegrenzte Verteuerung des Konsums vorprogrammiert ist. Die Verlagerung von den direkten auf die in direkten Steuern und die Steigerung der letzteren wird alleinerziehende Mütter - heute schon die grösste Gruppe unterhalb der Armutsgrenze - am schwersten treffen.

Angesichts der wachsenden Ungleichheit und des wachsenden Konflikts zwischen Metropolen und Kolonien musste sich die Sperrung des "militärisch bedeutsamen Technologie-Exports" (unter dem Titel COCOM bekannt), die sich ursprünglich gegen die Sowjetunion und Osteuropa gerichtet hatte, zunehmend gegen die Kolonien wenden. Die Kampagne des US-Staates gegen Rüstungsexporte (auch von schweizerischen Firmen) an den irakischen Staat, teilweise nationalistisch-ökonomisch motiviert, hat schlagartig sämtliche Bundesratsparteien auf US-Linie schwenken lassen. Das von der SPS geforderte, umfassende Waffenausfuhrverbot enthält die ganze Problematik der Kontrolle eines imperialistisch-patriarchalen Staates über die Waffen: Das staatliche Exportverbot richtet sich gegen Staaten wie der irakische, die den imperialistisch-patriarchalen Interessen in die Quere kommen könnten. Frauen und Lesben in der BRD haben mit einem Aufruf vom 31.1.91 zur Blockade des US-Militärdepots in Giessen (grösstes Depot der NATO in Europa) gezeigt, in welcher Richtung eine anti-imperialistische Waffenexportkontrolle zu entwickeln ist.

Bis heute haben das US-Patriarchat und die NATO das Schweizer Kapital militärisch kostenlos unter ihrem militärischen Schuttschirm geschäften lassen. Angesichts des wach-



senden Konflikts zwischen Metropolen und Kolonien bereitet die offene, diplomatisch-wirtschaftliche Integration des Schweizer Patriarchats in die Anti-Irak-Front auch den Boden für eine militärische Integration. EMD-Bundesrat Villiger sprach schon vor einem Jahr von einer möglichen Schweizer Beteiligung in einer europäischen Armee. Aus SPS-Kreisen wird vorgeschlagen, im Rahmen von UNO- oder KSZE-"Friedens"truppen die imperialistisch-patriarchale Weltordnung gegen die Befreiungsbewegungen in den Kolonien mitzuverteidigen.

Der Aufstieg der Grossmacht Europa hat sich rasant beschleunigt, als die sogenannten "Sozialisten" in der EG-Kommission die Führung übernahmen. In einigen Ländern wie Frankreich, Italien und dem spanischen Staat haben die "sozialistischen" Kräfte die Funktion übernommen, auf politischer Ebene die Interessen der Konzerne und Banken durchzusetzen. In der Schweiz sind es die Sozialdemokratische Partei und der Schweizerische Gewerkschaftsbund, die uns in sämtliche imperialistisch-patriarchalen Bündnisse gegen die Befreiungskämpfe in den Kolonien hineinzumobilisieren versuchen.

Als internationalistische Feministinnen solidarisieren wir uns mit den Befreiungskämpfen:

- US-, EG- und UNO-imperialistische Truppen raus aus dem Golf !
- Stop dem Expansionskrieg des Staates "Israel" gegen das palästinensische Volk,  
Stop dem Völkermord des türkischen Staates gegen das kurdische Volk !
- Solidarität mit den nationalen Befreiungskämpfen und den Klassenkämpfen von unten !
- Solidarität mit den palästinensischen, kurdischen, arabischen, iranischen und türkischen Frauen in ihrem längstandauernden, umfassend-revolutionären Befreiungskrieg !
- Internationalistisch-feministischer Kampf hier !





# Literatur zu Frauen im arabisch-islamischen Raum

---

- Akkent, Meral/Franger, Gaby: Das Kopftuch. Basörtü. Ein Stückchen Stoff in Geschichte und Gegenwart.
- Akkent, Meral/Franger, Gaby: Kopftuchpolitiken. Diskurse über ein Symbol. in: Frauen in der einen Welt 1/90
- Baumgart, Marion: Wie Frauen Frauen sehen. Westliche Forscherinnen bei arabischen Frauen
- Boehringer-Abdalla, Gabriele: Frauenkultur im Sudan
- Borucki, V./Schaaf, K.: Islamisches Patriarchat afghanischer Prägung in: Verrückte Welten. Frauen und Exil
- Debus, Barbara: Unter Besatzern und Patriarchen. Palästinensische Frauen in der Westbank - Sozialgeschichte und Widerstand
- Deonna, Laurence: An alle Frauen aus allen Kriegen. Arabische und israelische Frauen berichten
- Djebar, Assia: Die Schattenkönigin. Roman aus Algerien
- El Saadawi, Nawal: Tschador. Frauen im Islam
- El Saadawi, Nawal: Ein moderner Liebesbrief und andere Stories
- El Saadawi, Nawal: Gott stirbt am Nil. Roman
- El Saadawi, Nawal: Ich spucke auf euch. Bericht einer Frau am Punkt Null
- El Saadawi, Nawal: Ringelreihen. Erzählung
- Frauen im Islam. in: Die Brotrevolten in Nordafrika 1983-1988
- Frauen in der arabischen Welt. Erzählungen
- Frauen in Persien. Erzählungen
- Frese-Weghöft, Gisela: Ein Leben in der Unsichtbarkeit. Frauen im Jemen
- Giacaman, Rita: Frauenbewegung in Palästina. in: Frauen in der einen Welt Nr. 1/90
- Helie-Lucas, Marie-Aimée: Strategien von Frauen und Frauenbewegungen in der muslimischen Welt als Antwort auf Fundamentalismus. Von der Unterwanderung hin zum Internationalismus. in: Beiträge zur fem. Theorie und Praxis Nr. 28
- Ismail, Ellen/Makki Maureen: Frauen im Sudan
- Khalifa, Sahar: Der Feigenkaktus. Roman aus Palästina
- Khalifa, Sahar: Die Sonnenblume. Roman aus Palästina
- Köhler, Gesa/Nogga-Weinell Dorothea: Azade. Vom Überleben kurdischer Frauen
- Lacoste-Dujardin, Camille: Mütter gegen Frauen. Mutterschaft im Maghreb
- Lessner, Dietlinde: Zur sozialen Lage der Frau in Entwicklungsländern. Eine Fallstudie: Algerien
- Lipman, Beata: Alltag im Unfrieden. Frauen in Israel. Frauen in Palästina
- Lutz, Helma: Unsichtbare Schatten. Die "orientalische" Frau in westlichen Diskursen. in: Peripherie Nr. 37
- Mernissi, Fatima: Geschlecht, Ideologie, Islam
- Mernissi, Fatima: Der Politische Harem. Mohammed und die Frauen
- Mernissi, Fatima (Hrsg.): Der Harem ist nicht die Welt. Elf Berichte aus dem Leben marokkanischer Frauen
- Minai, Naila: Schwestern unterm Halbmond. Muslimische Frauen zwischen Tradition und Emanzipation
- Neusel, Ayla/Tekeli, Sirin/Akkent, Meral: Aufstand im Haus der Frauen. Frauenforschung aus der Türkei
- Rifaat, Alifa: Erste Liebe - Letzte Liebe. Erzählungen
- Rifaat, Alifa: Zeit der Jasminblüte. Erzählungen
- Sabbagh, Abdulkarim: Frauen im Islam. Zum Problem sozialer Modernisierung am Beispiel besonders Ägypten
- Schuckar, Monika: Baath-Ideologie und Frauenfrage. in: Interim Sondernummer zum Golf
- Schuckar, Monika/Schröder, Günter (Hrsg.): "Oh Schwestern". "Die Ehre liegt in der Unabhängigkeit". Islamische Frauen zwischen Reislamisierung, Marxismus und Autonomie
- Tawil, Raymonda: Mein Gefängnis hat viele Mauern. Eine Palästinenserin berichtet
- Terre des femmes: Tod als Ehrensache. Frauenschicksale



# "OUR TIME HAS COME"

## Einladung zur einwöchigen CLASS WAR-Konferenz in London vom 23.-28.9.91

Wir wollen über folgende Themen in Workshops und Versammlungen diskutieren:  
Kämpfe gegen die Poll Tax in GB; der Aufstieg von Rassismus und Faschismus in Europa; wer ist Class War?; Wohnraum; Fußball; Musik und Gegenkultur; Religion; Arbeitskämpfe in Europa nach 1992; Klassenkampf oder Ein-Punkt-Bewegungen?; grüne Politik; die Umwelt und die ArbeiterInnenklasse; Nationalismus und bewaffneter Kampf; Propaganda; Perspektiven einer internationalen Bewegung; Geschlecht und Sexualität; die europäische Autoindustrie; Kultur der ArbeiterInnenklasse; Tod des Kommunismus?; arabischer Nationalismus und islamischer Fundamentalismus; was sollten RevolutionärInnen machen?; die quicklebendige ArbeiterInnenklasse; riot und Revolution; Kultur und Nationalstaaten; aus der Geschichte lernen.

Wenn ihr noch andere Ideen habt, schreibt uns einfach eure Vorschläge!

- \* Wir glauben, daß die Ereignisse in Europa in den letzten Jahren und die Periode der Austerität, mit der die ArbeiterInnenklasse konfrontiert ist, einer neuen, internationalen ArbeiterInnenbewegung die große Chance geben, den Klassenkrieg von der Leiche des Marxismus-Leninismus zurückzuholen.
- \* In den letzten Jahren waren wir in ganz Europa auf Konferenzen und glauben, daß für eine koordiniertere internationale Bewegung ein neues Verlangen besteht. Wir hoffen, daß diese Konferenz für diese Bewegung einen Beitrag leistet.
- \* Unterkunft werden wir in London organisieren, auch Feten etc. Leute, die einen Workshop oder eine Diskussion vorbereiten wollen, sind herzlich eingeladen. Für alle Leute vom Festland ist die Teilnahme gratis. Für Übersetzung wird gesorgt. Die Reisekosten von Leuten aus Osteuropa versuchen wir zu subventionieren.
- \* Zur Zeit möchten wir gerne wissen, ob ihr kommen wollt und Hilfe bei Visa oder Einladungen etc. braucht.

Den Kasten unten ausschneiden und schicken an:



Internatinal Secretary  
P.O. BOX 772  
Bristol BS99  
Avon  
England



NAME:  
ADDRESS:

I WANT TO ATTEND THE CONFERENCE

☐

I WILL NEED HELP WITH TRAVEL COSTS

☐

\*( our finances are limited, so this offer only applles to East Europeans )



UF---AUFRUF---AUFRUF---AUFRUF---AUFRUF---AUFRUF---AUFRUF---AUFRUF---

### Waffen für die Ex-DDR !!!

Der faschistische Terror in der ehemaligen DDR hat ein Ausmaß angenommen, das in seiner Brutalität und in seiner Größe eine neue Qualität für die BRD ist. Viel zu wenig über die Geschehnisse wird im westdeutschen Blätterwald berichtet. Konkrete Solidarität findet nur in einem begrenzten und individuellen Rahmen statt.

Die Nachrichten über die Gründungen von Wehrsportgruppen, den Zulauf von faschistischen Organisationen, den dutzenden Brandanschlägen und Mordversuchen wöchentlich bis hin zur direkten personellen und strukturellen Unterstützung durch faschistische westeuropäische Zusammenhänge möchten wir etwas entgegensetzen.

Unser Vorschlag:

Wir koordinieren den Informationsfluß von und in die Ex-DDR. Wir sammeln die Infos aus den verschiedensten DDR-Städten und Dörfern und versenden sie einmal, wenn sein muß öfters an alle BRD-Zeitungen. Wir richten ein Spendenkonto ein, was Partei- und Organisationsunabhängig ist. Die Verteilung der Spendengelder übernimmt eine aus verschiedenen politischen Gruppierungen zusammengesetzte Gruppe. Das Geld wird nur an bekannte Kontakte weitergegeben, also wenn wir zuverlässig wissen, daß es in die "richtigen" Hände kommt. Ausserdem können wir uns vorstellen Rundreisen und Solidaritätsveranstaltungen im deutschsprachigen Raum zu organisieren. Sprecht bitte mal Euch bekannte Bands an und meldet Euch, es wäre schön, wenn nicht nur Punkbands hierzu bereit wären. Wenn Leute sich bereit fänden die Infos zusammengefaßt in andere Sprachen zu übersetzen, wäre dies mehr als erfreulich. Auch noch an die Clash, Classwar, etc. verschicken ???

Die größeren Städte sollten sich bitte überlegen nur ein oder zwei Stellen anzugeben, wo die Infos dann kopiert werden und weiterverteilt werden. Ausserdem gebt diesen Aufruf an alle Euch bekannten Adressen in der Ex-DDR weiter, da wir nur sehr wenige Kontakte bisher haben (Dresden, Frankfurt, Berlin). Wenn andere Gruppen meinen, daß sie in der Koordinierung fähiger sind, gerne melden. Das Konto wird aber gleich bleiben, da wir die Verwirrung nicht gut heißen würden und sie auch eher auf die eigenen Füße fällt. Schickt uns Briefmarken und überweist bitte Portokosten. Wenn wir Euch und Eure Zeitung vergessen haben, nicht übel nehmen und melden.

Unser Ziel ist es mehr Leute zu sensibilisieren, schnell und direkt bei Hilferufen reagieren zu können, daß mehr Wessis rüber fahren und bei den verschiedensten Projekten mithelfen. Weiter geht es um eine Zurückdrängung und Bekämpfung des Faschistinnenterrors, daß nicht mehr Leute flüchten müssen, weil sie diesem Druck nicht mehr gewachsen sind. Hier wäre eine Großdemo in Dresden, zu der breit mobilisiert wird ein erstes und wichtiges Signal. Sie sollte auch breit getragen werden. Ziel sollte es aber nicht nur sein, wie wir mit 400-600 militanten Faschistinnen umgehen.

Überlegt mal, ob "Städtepartnerinschaften" oder ähnliches mit Unterstützungsbrigaden ein Schritt wären???

Zum Schluß noch ein Hinweis: Dokumentation zum Faschoterror in Dresden

Antifa Dresden 350 Seiten

bestellen: CONTRASTE Postf. 104520 69 Heidelberg

Tel.: 06221-13402

Unsere Adresse ist: KAVIA/R

Buchladen Zapata  
Jungfernstieg 17  
23 Kiel 1

Die ROTE HILFE hat uns ein Konto zu

Verfügung gestellt, ohne Auflagen:

Rote Hilfe e.V.

Stichwort : Antifa- DDR

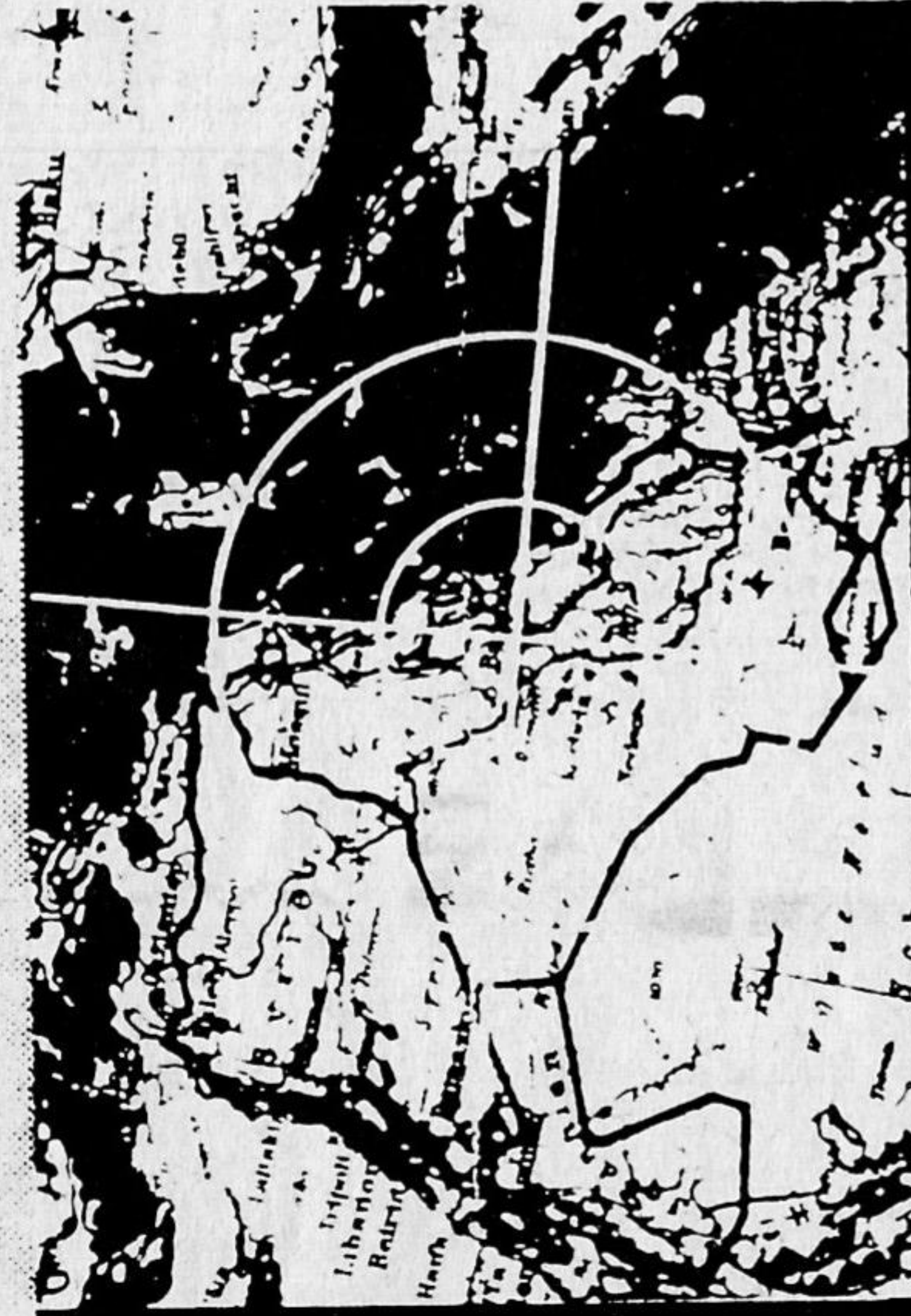
Kieler Spar- und Leihkasse

BLZ.: 210 501 70 ,K.-Nr.: 9100 9209



# Krisen Konflikte Kriege Golf und Nahost

+++ Hintergründe +++ Materialien +++ Analysen +++  
+++ zum Krieg am Golf +++



## Themen:

Länder

Portraits

Palästina

Problematik

Kurdistankonflikt

Ölinteressen · Ökokatastrophe

Chronologie der Ereignisse

Dokumente der Friedensbewegung



ISBN 3 - 928300 - 02 - 4

UNRAST

# Einladung

Die Beseitigung und Zerstörung linker Frei- und Lebensräume hat ein Ausmaß erreicht, dem einzelne kaum mehr etwas entgegensetzen können. Als Betroffene merken wir, daß es wichtig ist, an den gemeinsamen Problemen zusammenzukommen, und sich zu wehren.

Wir richten uns an die selbstverwalteten Freiräume und speziell auch Jugendeinrichtungen. Über die Kündigung sind wir (Drugstore/Potse/Iskra) Betroffene eines anstehenden allgemeinen Kahlschlages, Welcher in Berlin als ev. zukünftigen Regierungshauptstadt nach der Wiedervereinigung (oft auch Grund der Kürzungen) besonders zum tragen kommt.

Gründe sind vielfältig wie Mittelkürzungen Mieterhöhungen, politische Mißliebigkeit u.s.w.

Wir streben eine Organisation betroffener Gruppen an, um daraus Aktivitäten erwachsen zu lassen.

Damit der Druck, der auf einzelnen Projekten lastet zu einem großen Aufschrei werden kann. Allein machen sie dich ein!!!

Wir treffen uns jeden 2. und 4. Sonntag im Monat (nächstes Treffen am 24.3.91) um 16<sup>00</sup> in den JZ Drugstore/Potse.  
(Potsdamer Str. 180 / 1000 Berlin 30 / Nähe U- Bhf. Kleistpark)



# AUTONOME BLASMUSIK

9 BEHERZTE FRAUEN + MÄNNER  
 AUS WUPPERTAL SINGEN + LÄRMEN  
 FÜR BESSERE ZEITEN:

**TOM CAPRI AND THE  
 BRUSH MAKING MUSIC  
 PLAYERS** ★★★★★★

Am Sa. 23.3.91 um 21<sup>00</sup> in der  
 Reichenbergerstr. 63A Hinterhaus 1/36  
 Am So. 24.3.91 um 21<sup>00</sup> im  
 X-BELIEBIG (LIEBIGSTR. 34 FRIEDRICHSHAU)



"Der Kopf ist rund, damit das  
 Denken die Richtung wechseln  
 kann" Picabia

## Graswurzelrevolution

Treffen gewaltfreier  
 Anarchistinnen und Anarchisten

vom 05. bis  
 07. April 1991  
 in O-1058 Berlin,  
 Dunckerstraße 14



Anreise: Freitag ab 17.00 Uhr  
 Anmeldung: Holger Luhnburg,  
 Dunckerstr. 15 in O-1058 Berlin,  
 telefonisch bei Robert Mießner  
 in Ostberlin: 208 02 07

Wichtige Forderungen die „Wilde Wutz“ Müll in Senat.  
 Besetzer der Marchstraße stellen Nutzungskonzept vor / Gebäude soll weiterfest gemacht werden Büro gekippt  
**Die Wutz zieht um** - belagert Haus II  
 besetzt / Die BesetzerInnen be...  
 / Projekt nicht nur für S...  
 Protestaktion  
 der Senat  
 für Wiss...  
 ischnutzung  
**Die Wutz** Grundst...  
 / z... / Res...  
 chstraße 23...  
 Hausbesetzer M...  
 Senat verhandelt mit Bes...  
**Tage Straßennest gegen**  
**Abriß in der Marchstraße**  
 ohnraum Riesencomputer für R...  
 enten wollen Abriß stor...  
 setzersenem...  
 denstellende Rea...  
 Wutz: Von Baum...  
 Wutz“ fordert Senat...  
 skonzept anzuneh...  
 „Wilde W...  
 Nutzung...  
 Marchs...  
 Wilde W...  
**WILDE WUTZ**  
**BLEIBT!**  
 MARCHSTR23 1B10 11 E.REUTER PLATZ  
 Die Wilde Wutz zu...  
 Häupten der Senatorin...  
 die Marchstraßen

**22 JAHRE! MARCHSTRASSE**  
**FESTER**  
**STRASSE**  
**BLEIBT!**

**Whiskas**  
 Katzennahrung, echt stinkfrei!  
 verschiedene  
 Sorten, jede  
 210 ml Dose

**-79**

**interim.**

Frischer  
**Schweine-  
 Gulasch**  
 1000 g

**6.99**



18.00

Halabja - die kurden und der frieden im nahen osten  
podiumsdiskussion mit vertreterinnen von medico int  
ernational, kurdistan front, gesellschaft für bedro  
hte völker  
audimax tu, straße des 17. juni

samstag, 23.3.

12.00

wagenburgendemo von schillingbrücke zur march

17.00

konzernt, diskoo, vokü  
marchstraße

21.00

tom capri and the brush making music players  
9 beherzte frauen und männer aus wuppertal singen fü  
r bessere zeiten  
reichenberger 63a

genausoviel herz einen tag später um 21.00 im x-beli  
ebig, liebzigstr. 34, berlin-friedrichshain

20.30

eine frau ... ein land  
belgien/niederlande/brd/palästina 1980, o.m.dt.ut.  
regenbogenkino lausitzer str. 22  
(auch am 24.3. gleiche zeit, gleicher ort)

sonntag, 24.3.

16.00

treffen von gruppen die von mieterhöhungen, mittelkü  
rzungen etc. betroffen sind [REDACTED]  
jz drugstore, potsdamer str. 180 [REDACTED]

23.00

die hochzeit von galiläa  
belgien/palästina 1987, o.m.engl.ut.  
regenbogenkino lausitzer str. 22

(könnt ihr auch schon am 21./22./23. hingehen -gleiche uhrzeit).

Mo. 25. 3. 18.00

Vorbereitungstreffen für **schwule Totalverweigerer** und Zwangsdienstgegner zur **Rekrutenzugblockade** am 2. April '91, Berlin/Hauptbahnhof. Im Café Subversiv, Brunnenstr. 6







# HALLABA

Sieht so der "Neue Frieden"

für die Kurden aus?



Podiumsdiskussion

Mit Vertretern von  
Gesellschaft für  
bedrohte Völker

Kurdistan Front

Medico International

Zeit: Freitag 22. 3. 91 ,  
18 Uhr

Ort: TU - Berlin Audi Max

Hauptgebäude

Straße des 17. Juni

Veranstalterinnen: AL Internationalismus-, Immigrantinnen- und  
Flüchtlingsbereich, ASa-FU -Kurdistan AG, ASa-TU, ERNK -  
Berlin, Kurdistan Front, Kurdistan Komitee Berlin e.V., Kulika  
Kurdistan, Komkar, KSSE, SOKSE, UKSYE.